Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1949

45 (19.12.1949)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10 Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77 Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2.50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —.54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10. Ruf 432 60. und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 1 / Nr. 45 — Montag, 19. Dezember 1949 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Friede auf Erden

Immer wieder Schüsse an der Autobahn

Beziehungen regelt die Hohe Kommission

Sport vom Sonntag

Butterpreiserhöhung nach Weihnachten

Soll deutsche Ernährungswirtschaft unter die Preisherrschaft des US-Monopols kommen?

Bonn. (SID) Um die geplante Butterpreiserhöhung nicht gerade in die Weihnachtszeit fallen zu lassen, haben sich die Regierungsparteien im Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung im Bundestag dahingehend ausgesprochen, daß der Butterpreis dann erhöht werden soll, wenn eine Senkung der Margarinepreise eintritt. Dieser neue Plan wird deshalb erforderlich, weil das Bundesernährungsministerium zirka 2000 Tonnen Butter aus dem Ausland einführen will, die erheblich teurer sein wird als die deutsche Butter.

Die Debatte im Ernährungsausschuß um das Zuckersteuergesetz machte deutlich, daß der Zwang, Zucker und anderes aus Amerika und Cuba einzuführen, die deutsche Ernährungswirtschaft völlig unter die Preisherrschaft der amerikanischen Monopolisten gebracht hat. Abg. Niebergall wandte sich deshalb im Ausschuß entschieden gegen diese Einfuhrpolitik der Adenauer-Regierung. Er forderte die Verstärkung des deutschen Zukkerrübenanbaues und wenn notwendig, die Einfuhr von Zucker und anderen Lebensmitteln aus den Gebieten Ost- und Südosteuropas, wo der natürliche Wille vorhanden ist, unsere Industriewaren als Gegenleistung aufzunehmen. Niebergall wies darauf hin, daß der Verlust des chinesischen Marktes für Amerika auch in dieser Hinsicht unseren alten Kunden in Ost- und Südosteuropa große Möglichkeiten eröffnet, so daß wir uns beeilen müssen, um mit ihnen wieder ins Geschäft zu kommen.

Gegen Verwässerung des sozialen Wohnungsbaues

Bonn. (SID) Der Berichterstatter des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen im Bundestag hatte versucht, die Anträge der SPD- und KPD-Fraktion betreffend sozialen Wohnungsbau dadurch zu verwässern, daß nicht mehr erkenntlich wurde, was sozialer oder privater Wohnungsbau ist und woher das Geld dafür genommen werden soll. Die Abgeordneten Klabunde (SPD) und Hugo Paul (KPD) wandten sich gegen diesen Versuch und forderten den Ausschuß auf, sich an die Vorlagen der SPD und KPD strikte zu halten, in denen Zweck und Mittel klar aufgezeigt sind.

Für Verbesserung des Soforthilfegesetzes

Bonn. (SID) Dem Versuch der CDU/CSU-Fraktion, Monopolbetriebe, die im Kriege durch Bombenangriffe beschädigt wurden, aber trotzdem genug verdienten, von der Soforthilfe-Abgabe zu befreien, wurde von der Mehrheit des Bundestages zunächst verhindert. Der Ausschuß für Lastenausgleich urde noch einmal mit der Ueberprüfung der Angelegenheit beauftragt. Der kommunistische Abgeordnete Gundelach wandte sich im Lastenausgleich-Ausschuß und vor dem Plenum des Bundestages dagegen daß man das Soforthilfegesetz nicht ändern und verbessern könne. Das Ansinnen der CDU/CSU könne aber nicht als Verbesserung, sondern als Verschlechterung angesehen werden. Die kommunistische Fraktion werde Verbesserungsanträge zum Soforthilfegesetz einbringen.

Die Meister trumpften auf

Am vergangenen Sonntag standen die Spiele in der süddeutschen Oberliga im Zeichen großer Leistungen der Meistermannschaften. Der deutsche Meister VfR Mannheim fertigte den VfB Stuttgart mit 4:1 ab und der süddeutsche Meister Offenbacher Kickers legte die Frankfurter „Eintracht" mit 6:2 hinein. Der Dritte im Bunde war der Altmeister aus Nürnberg, der in Regensburg mit 2:1 einen wertvollen Sieg errang. Die Sensation des Tages war aber die hohe Abfuhr des Tabellenführers SV Waldhof durch den Tabellenletzten Stuttgarter Kickers mit 4:0. Fürth konnte zwar auf eigenem Platz gegen die famosen Mühlburger wieder nur 1:1 spielen, übernahm aber damit die Führung vor den Waldhöfern.

In Bad Dürkheim wurde der 1933 aufgelöste Süddeutsche Fußball-Verband mit dem Sitz in Nürnberg neu gegründet.

Noch vor Weihnachten

Auszahlung der Winterbeihilfe

Stuttgart. (E.B.) Die vom Landtag beschlossene Winterbeihilfe soll noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen. Für alleinstehende Personen gibt es 20 DM und für jede weitere Person 5.- DM bis zum Höchstbetrag von 50 DM. Der Personenkreis, der berechtigt ist, die Beihilfe zu beziehen, umfaßt: Alle die in öffentlicher Fürsorge stehen, sowie Minderbemittelte, die als Alleinstehende ein Bruttoeinkommen von nicht höher als 25 DM wöchentlich, bei zwei zu versorgenden Personen 32 DM, bei drei Personen nicht mehr als 39 DM usw. haben.

Was geht im USA-Außenministerium vor?

Washington. (Nach dpa.) Georg Kennan tritt mit Abschluß dieses Jahres als Leiter der Planungsabteilung im USA-Außenministerium zurück. Kennan war einer der engsten Mitarbeiter Außenminister Acheson. Man schrieb ihm großen Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik zu. Sein Nachfolger wurde Paul Nitze.

Briefe an Stalin

Eine Kinderpflegerin aus Karlsruhe: „Die Babysachen habe ich vor vielen Jahren in Erwartung meines ersten Kindes genäht. Ich habe sie dann leider nicht gebraucht und immer aufbewahrt. Ich möchte, daß sie in ein russisches Kinderheim gegeben werden und würde mich freuen, wenn ich mit der Leiterin eines solchen Heimes Verbindung aufnehmen könnte."

Aus Kassel schreibt ein Frauenkollektiv: „Wir wissen, was uns, dem deutschen Volk, den russischen Völkern und der ganzen Menschheit gegeben sein wird, wenn eine durch nichts zu trennende, alles überdauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland besteht. Diese Gedanken sind in unsere Arbeit gestrickt, aber auch die Gewißheit, daß Sowjetrußland das Land ist, das der Welt den Frieden erhält."

Bleibt es bei der Anklage?

Niedersächsische Politiker treten für angeklagte Kommunisten ein

Hannover. (dpa.) Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf und eine Anzahl von Landtagsabgeordneten traten am Sonnabend in einem Schreiben an den britischen Landeskommissar General Lingham für die von der Besatzungsmacht in Niedersachsen angeklagten Kommunisten ein. Sie bitten General Lingham, die Anklage niederzuschlagen, weil die Angeklagten nicht beabsichtigt hätten das Ansehen der Besatzungsmacht zu schädigen, sondern nur die Notlage der Bevölkerung in Watenstedt-Salzgitter abzuwenden. Das Schreiben ist auch von Landtagspräsident Olfers, den Ministern Gerecke, Voigt und Albertz, den Fraktionsvorsitzenden und zahlreichen Abgeordneten unterzeichnet.

Die britische Militärregierung wirft dem Chefredakteur der im November verbotenen kommunistischen „Volksstimme", Sterzenbach, und sieben anderen kommunistischen Funktionären vor, in einem Artikel gegen die Demontage in Watenstedt-Salzgitter gegen das alliierte Pressegesetz verstoßen und das Ansehen der Besatzungsmacht geschädigt zu haben.

Immunität muß geachtet werden

Hannover. (Eig. Ber.) Auf der letzten Sitzung des Niedersächsischen Landtags wurde im Zusammenhang mit dem Salzgitter-Demontageprozeß mitgeteilt, daß gemäß einem einstimmigen Beschluß des Niedersächsischen Landtages die Immunität der deutschen Abgeordneten auch vor einem britischen Gericht gewahrt bleiben muß. Zuvor hatte der kommunistische Abgeordnete Lehmann dem Landtag bekanntgegeben, daß zwei von den acht Deutschen, die vor ein britisches Gericht zitiert werden sollen, Landtagsmitglieder sind.

Die britische Antwort wird zeigen, so betont man in Hannover, ob die Besatzungsmacht den Beschluß einer demokratischen Institution Westdeutschlands anerkennt. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde in Zukunft jeder westdeutsche Abgeordnete unter dem Druck stehen, wegen irgendeiner Aeußerung, die als „besatzungsfeindlich" angesehen wird, vor ein Militärgericht zu kommen.

Mao Tse-Tung in Moskau

Moskau. Marschall Stalin hat den Präsidenten der chinesischen Volksrepublik, Mao Tse Tung, empfangen. Mao Tse Tung bezeichnete seinen Besuch der sowjetischen Hauptstadt als „eines der freudigsten Ereignisse seines Lebens". „Zwischen den beiden großen Völkern von China und der Sowjetunion besteht eine tiefe Freundschaft." Die Sowjetunion habe nach der siegreichen Oktoberrevolution mit einem ihrer ersten Schritte, die „ungleichen Verträge" aufgehoben. Mao Tse Tung übermittelte den Dank des chinesischen Volkes für die Hilfe, die die Sowjetunion bei der Befreiung Chinas leistete. In der Welt sei die wichtigste Aufgabe, die Stärkung der Friedensfront!

Burma erkennt Rot-China an

Kalkutta. Die burmesische Regierung hat beschlossen, das kommunistische China anzuerkennen. Diese Mitteilung machte der burmesische Außenminister Maung in Kalkutta. Eine amtliche Verlautbarung über den Beschluß der burmesischen Regierung ist noch zu erwarten.

Das kommunistische China wurde bisher nur von der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten anerkannt. Burma ist somit der erste dem Westen hörige Staat, der die Peking-Regierung anerkennt.

Atomkonferenz Attlee-Truman-Stalin gefordert

London. Eine Konferenz der drei Großmächte mit Attlee, Truman und Stalin zur Lösung des festgefahrenen Atomenergieproblems wurde von dem britischen Labourabgeordneten Blackburn gefordert.

Blackburn schreibt in der Londoner Zeitung „Star", seiner Ansicht nach müsse sich auf Grund von „Stalins Sinn für Humanität und Patriotismus" eine Einigung erzielen lassen. Die Sowjetunion müsse jedoch eine internationale Kontrolle und Inspektion der Atomenergie akzeptieren. (nach Reuter)

Streikwelle in Japan

Tokio. (dpa) Nach dem Streik der Eisenbahner und der Seeleute hat jetzt auch die Verkehrsgewerkschaft mit einem Streik gedroht. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen und Neujahrsgratifikationen.

Arbeitereinheit zerschlägt Kriegspläne

Die Rede Max Reimanns im Bundestag — An nie SPD: „Wer für Atlantikpakt und Europa-Union ist, kann auf die Dauer nicht gegen Remilitarisierung sein"

Bonn. (SID) Nachdem Dr. Adenauer durch alle möglichen Tricks versucht hatte, die Remilitarisierungs-Debatte von der Tagesordnung des Bundestages abzusetzen, war er durch die feste Haltung der kommunistischen und sozialdemokratischen Vertreter im Aeltestenrat gezwungen, im Bundestag zu seinen Remilitarisierungsplänen Rede und Antwort zu stehen.

Als Max Reimann ausrief: „Eine einheitliche Arbeiterklasse, eine kämpfende nationale Front, und in 48 Stunden ist die ganze Marionetten-Regierung durch das Volk erledigt und durch eine demokratische, friedliebende Regierung ersetzt", begannen die Regierungsparteien einen Tumult zu veranstalten, und Bundestags-Präsident Köhler erteilte Max Reimann einen Ordnungsruf und versuchte, völlig geschäftsordnungswidrig, Max Reimann das Wort zu entziehen.

Köhler unterbrach darauf die Sitzung und berief den Aeltestenrat ein. Dort konnte er jedoch keinerlei Maßnahmen gegen Max Reimann durchsetzen und mußte ihm nach Wiederbeginn der Sitzung erneut zur Verlesung des Antrages der KPD-Fraktion das Wort erteilen.

Rede Max Reimanns

Bonn. (SID) Die Erkglärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber einem amerikanischen Korrespondenten, in der er sich für die Remilitarisierung Westdeutschlands aussprach, hat bei der westdeutschen Bevölkerung und bei allen friedliebenden Menschen auf der Welt die größte Empörung ausgelöst, erklärte Max Reimann in der Remilitarisierungsdebatte im Bonner „Bundestag".

Noch sind keine fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Faschismus vergangen, noch sind die Tränen der Kinder und Mütter, die ihre Väter und Söhne in diesem faschistischen Raubkrieg verloren, nicht getrocknet. Noch ist kein Friedensvertrag, noch stehen die Besatzungstruppen in Deutschland, unser Vaterland ist gespalten, die Wohnstätten liegen noch in Trümmern und trotzdem will ein deutscher Politiker die deutsche Jugend wieder in den Soldatenrock stecken. Hitler und seine faschistischen Generale haben im Auftrag der deutschen Monopolherren im zweiten Weltkrieg des deutschen Volkes höchstes Gut, die Jugend, für ihre verbrecherischen Welteroberungspläne sinnlos geopfert.

Ich frage Sie, Herr Dr. Adenauer, in wessen Interesse und in wessen Auftrag fordern Sie die Eingliederung deutscher Truppenkontingente in eine fremde Wehrmacht, die sie als europäische bezeichnen? Mir scheint, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9. 12. 49 gut unterrichtet war, als sie schrieb, daß Sie, Herr Dr. Adenauer, auf den ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Besatzungsbehörden gehandelt haben.

Jugend will nicht Kanonenfutter sein

Es ist bekannt, daß die Völker Europas und auch das amerikanische Volk sich entschieden gegen neue Kriegspläne wehren. Besonders in der Jugend Frankreichs und Italiens macht sich immer stärker der Widerstand dagegen bemerkbar, daß sie in ein neues imperialistisches Kriegsabenteuer gestürzt werden soll. Die Jugend der westeuropäischen Länder will nicht das Kanonenfutter des nächsten Krieges sein. Nicht nur die französische Jugend, die italienische, die britische, die amerikanische, auch die deutsche Jugend, Herr Dr. Adenauer, wird zu Ihren schändlichen antideutschen Plänen „nein" sagen. Sie planen, die deutsche Jugend unter Führung amerikanischer Offiziere in einen neuen Krieg gegen die friedliebenden Völker der Sowjetunion und der Volksrepubliken zu senden, die im nationalen Interesse am Widerstand und an dem Kampf unserer Jugend und der ganzen westdeutschen Bevölkerung scheitern. An dem Friedenswillen und an den traurigen Erfahrungen, die das deutsche Volk in zwei verlorenen Weltkriegen gesammelt hat, wird Ihr Plan, der Plan der deutschen Imperialisten an Rhein und Ruhr und der amerikanischen Imperialisten zerschellen. Sie, Herr Dr. Adenauer, und Ihre deutschen Auftraggeber, haben sich sicher noch keine Gedanken darüber gemacht, was ein dritter Weltkrieg für das deutsche Volk bedeutet. Der zweite Weltkrieg kostete die Menschheit 34 Millionen Tote, 28 Millionen Kriegsversehrte und 800 Milliarden Dollar Aufwand an Material. Der zweite Weltkrieg brachte dem deutschen Volk neben ungeheuren Verlusten an Menschenleben die Zerstörung seiner Wohnstätten, den Verlust der nationalen Souveränität im Westen Deutschlands. Ein dritter Weltkrieg würde Deutschland zum Kriegsschauplatz machen, würde die Zerstörung unserer Heimat, die physische Ausrottung der Nation bedeuten.

Atlantikpakt ist Kriegspakt

Ueber deutsche Städte würden, wenn die Pläne der Kriegstreiber in Erfüllung gehen, die Atombomben abgeworfen und sie damit in Wüsten verwandelt werden. Die Politik Dr. Adenauers entspricht der politischen Zielsetzung des anglo-amerikanischen Imperialismus, die ihren Ausdruck im Atlantikpakt und in der Europa-Union findet. Dieser Atlantikpakt ist aber ein Kriegspakt, der geschaffen worden ist zum Zwecke des Angriffes gegen die Völker des Ostens und Südostens Europas. In den strategischen Plänen der Atlantikpakt-Staaten wurde das Wirtschaftspotential des Ruhrgebietes und die Menschenreserven Westdeutschlands einbezogen. Um die Gewalt über die westdeutsche Wirtschaft und über die Menschen Westdeutschlands zu bekommen, verließen die Westmächte den Boden des Potsdamer

Fortsetzung auf Seite 2

Im Streiflicht gesehen

Dreifacher Fang

Paris. Ein dreifacher Fang gelang der französischen Polizei. Sie stellte eine Bande von Falschmünzern, die falsche Traveller-Schecks in Umlauf gesetzt, eine Schmugglerbande, die 100 kg Gold und 800 Paar Nylonstrümpfe nach Frankreich illegal eingeführt, und einen einzelnen Goldschmuggler, der 60 kg Gold über die schweizerisch-französische Grenze geschafft hatte.

Immer wieder Pech mit Superfestung

Bei dem Absturz einer „Superfestung" kamen in Roswell (Neu Mexiko) 5 Personen ums Leben. 4 weitere Besatzungsmitglieder wurden verletzt. Bei der Landung streifte das Flugzeug eine Windmühle und ging nach dem Absturz in Flammen auf.

Bemerkenswerte „Gleichberechtigung" Westdeutschlands

Frankfurt a. M. Die Bundesrepublik soll dem internationalen Komitee zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers in Kürze als stimmberechtigtes Mitglied beitreten. Vorbesprechungen zwischen dem Präsidenten des Komitees, Dr. Wilkins, London, und Vertretern des Bundesernährungsministeriums haben bereits in der vergangenen Woche in Frankfurt stattgefunden.

Woher kam der Eisklumpen?

Waalre (Brabant) Ein drei Kilo schwerer Eisklumpen durchschlug das Dach eines Hauses in Waalre und landete in einem leeren Raum. Die Theorie, daß sich dieses mysteriöse Geschoß von einem vereisten Flugzeug gelöst hat, wird von der Flugleitung des benachbarten Lufthafens bezweifelt. (nach Reuter).

Davon versteht Eisenhower nichts

Fort Worth-Texas. General Eisenhower bestritt energisch, daß er angeblich plane, Politiker zu werden. „Davon verstehe ich nichts. Ich habe auch nicht die Absicht, so etwa zu lernen." Eisenhower wurde wiederholt als Kandidat für die nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen genannt.

Zusammenstöße im Ausländerlager Hersbruck

Ansbach. Im Ausländerlager Hersbruck in Mittelfranken kam es zu einer blutig verlaufenen Demonstration der etwa 300 Lagerinsassen, die verschiedenen Nationen angehören. Aus Unzufriedenheit über ihre Verpflegung drangen sie mit Schlagringen, Knüppeln und Stöcken bewaffnet in die Lagerküche ein und schlugen den deutschen Koch nieder. Anschließend demonstrierten sie vor dem Gebäude der deutschen Lagerverwaltung.

Die im Lager stationierte deutsche Polizei war gegen die Demonstration machtlos. Sie hat zusammen mit dem deutschen Lagerpersonal aus Protest gegen die wiederholten Uebergriff der Ausländer das Lager verlassen.

Cherbourger Lotse mußte mit nach New York

New York. Als unfreiwilliger Passagier kam der Lotse des Hafens Cherbourg an Bord des riesigen Ozeanriesen „Queen Mary" in New York an. Ein Nordsturm mit rauher See hatte ihn bei der Ausfahrt der „Queen Mary" gezwungen, auf dem Schiff zu bleiben. „Das ist mir zum ersten Male seit 18 Jahren passiert," berichtete er den Reportern der New Yorker Blätter.

Deutsche Bankiers verschachern uns an USA

Wer gab ihnen den Auftrag?

Frankfurt a. M. (Eig. Ber., nach ap) Nur durch die Anfrage des amerikanischen Senators Gillette erfährt das deutsche Volk, daß der bekannte Nazibankier und Industrielle Hermann Abs sowie die Direktoren der Bank deutscher Länder, Dr. Wilhelm Vocke und Hans Treue, wie es in einem Bericht des USA-Außenministeriums heißt, auf einer „Dienstreise" in den USA sich befinden. Diese Delegation hat mit Vertretern des Federal Reserve Board, dem amerikanischen Schatzamt, der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Weltwährungsfonds und des Büros für deutsche Angelegenheiten im USA-Außenministerium Besprechungen geführt.

Angeblich bewegten sich die Besprechungen hauptsächlich um die Ansprüche amerikanischer Gläubiger an Deutschland aus dem Stillhalte-Abkommen des Jahres 1931. „Nur dann", so erklärte Abs „wenn diese Schulden bereinigt werden, bestehe die Möglichkeit, daß amerikanisches Privatkapital in Westdeutschland Investierungen tätigt." Bekanntlich war vor kurzem eine Delegation der USA-Banken wegen dem gleichen Zweck in Deutschland und führte Verhandlungen in Düsseldorf, Frankfurt und München. Die Reise deutscher Bankiers, die bisher verschwiegen wurde, erfolgte zu dem Zwecke, um die Modifikationen festzulegen, in welcher Weise und mit welchen Vorrechten amerikanisches Kapital hier investiert werden kann. Es ist typisch für die Haltung des Adenauer-Kabinetts, daß Bankiers, die früher das nationalsozialistische Regime bis zur Endkonsequenz unterstützt haben, in offizieller Mission nach den USA gesandt werden. Sie verschachern dort die Interessen unseres Volkes und wir werden später durch das Adenauer-Kabinett vor fertige Tatsachen gestellt.

Die Bundespressestelle wie auch ein Sprecher der amerikanischen Hohen Kommission beeilten sich nun, zu erklären, daß zwar Abs während der Nazizeit hohe Stellungen innehatte, doch nicht der NSDAP angehört hat. Das entkräftet nicht den Vorwurf des amerikanischen Senators, denn Abs hat eng mit den Nazis zusammengearbeitet gegen die Interessen unseres Volkes. Er setzt somit seine frühere Tätigkeit mit Einwilligung Adenauers fort, ist als alter Kriegstreiber bei dem neuen Kriegsfinanzierungsgeschäft tätig.

Generalstreik beschlossen

Saarbrücken. Auf einer Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte des Saargebietes wurde einstimmig beschlossen, einen Generalstreik durchzuführen, um den Landtag zu zwingen, den von der Einheitsgewerkschaft vorgelegten Betriebsräte-Gesetzentwurf zu behandeln und zum Gesetz zu erheben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die internationalen Gewerkschaftsspalter haben getagt

Von Hermann Nuding, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD

Mit vielem Interesse und wohlwollender Zustimmung verfolgte die bürgerliche Presse des in- und ausländischen Monopolkapitals die Tagung derjenigen Gewerkschaftsfunktionäre, welche sich die Spaltung des WGB zur Aufgabe gemacht haben. In London werden mit viel Schmeicheleien die Führer der einzelnen Länder durch die reaktionäre Weltpresse für ihr Verhalten in der Weltgewerkschaftsbewegung gelobt. Wenn der alte August Bebel leben würde, hätte er wahrscheinlich seinen damaligen Satz über das Lob der Feinde auf diese Führer angewandt. Denn wenn Feinde der Arbeiterklasse Arbeiterführer für ihre Taten loben, dann stimmt die Rechnung nicht. Das trifft für die Tat, die in London begangen wurde, vollkommen zu. Die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes liegt nicht im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Welt, sondern im Interesse derer, die der Gründung des sogenannten „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften" (IBFG) ihren Beifall zollten. Deshalb auch ihr Freudengeheul und die Beweihräucherung der Spalter.

Für uns westdeutsche Gewerkschaftler ist die Tatsache, daß auch die Führung des DGB an der Schaffung dieser Spalterorganisation beteiligt ist, von besonderem Interesse. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war von Anbeginn an eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie war auf sozialistischer Grundlage aufgebaut und hatte in ihrer Geschichte das klare Ziel der Erreichung einer Gesellschaftsordnung in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Jetzt ist diese Gewerkschaftsbewegung einem internationalen Bund angeschlossen, an dessen Spitze die antisozialistische amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die AFL steht. Daran ändert auch die Bemerkung im „Industrie-Kurier" vom 8. 12. 1949 nichts, in der gesagt wird: daß der deutschen Gewerkschaftsbund „den linken Flügel" des neuen Gewerkschaftsbundes bildet. Unverhohlen wird in dem gleichen Artikel der AFL bescheinigt, daß sie die Arbeiter vom „antikapitalistischen Komplex" frei gehalten habe. Eine solche Gewerkschaftsbewegung, welche die Arbeiter vom Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Unternehmer abhält, ist natürlich vom „Industrie-Kurier" aus gesehen und von der ganzen kapitalistischen Welt aus betrachtet, außerordentlich wertvoll.

Die westdeutsche Arbeiterschaft muß sich nun darüber klar werden, ob sie die von der AFL verkörperte Politik annehmen will oder nicht? Sie muß sich dabei klar werden, ob sie diese „Freie Gewerkschaftsinternationale", die uns die Freiheit nimmt mit den Gewerkschaftskollegen in der Deutschen Demokratischen Republik zu verkehren und zusammenzuarbeiten, anerkennt oder nicht? Sie muß sich auch darübe klar werden, ob sie die Freiheit haben will, ihren Kampf um die Neuordnung der deutschen Wirtschaft so zu führen, daß er im Interesse des deutschen Volkes liegt, oder ob er geführt werden muß unter dem Diktat der AFL, was gleichbedeutend ist mit Aufgabe des Kampfes und der Unterwerfung unter die amerikanischen Monopolgewaltigen. Die deutschen Gewerkschaftsführer aber haben die Frage zu beantworten, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, daß die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung sich mit einer Organisation verbündet, die Menschen nicht weißer Hautfarbe, von ihrer Organisation ausschließt, also direkt auf dem Boden des nazistischen Rassenprinzips steht. Die Arbeiterschaft wird dieses Prinzip niemals akzeptieren, sondern die Freiheit aller Menschen anerkennen. Die Frage, wer in London versammelt war, wird beantwortet, durch die Feststellung, daß nur kapitalistische Länder und, um die Zahl der Delegierten zu vergrößern, auch deren Kolonien vertreten waren.

Es bleibt also die Frage offen, ob dieser „Freie Bund" auf freien Stücken zusammen kam, oder auf Befehl der Weltgläubiger, der amerikanischen Monopolisten und ihrer Helfer, der AFL. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung lehrt, daß Fragen von so entscheidender Bedeutung immer von der Mitgliedschaft selbst entschieden wurden, auch jetzt wurde von einem Teil der Delegierten auf dem Bundestag in München der Versuch unternommen, die demokratischen Prinzipien der freien Entscheidung der Mitgliedschaft herbeizuführen. Die Mehrheit der Delegierten und insbesondere die Führung ging über diesen Antrag hinweg. Hatte sie bereits einen gebundenen Auftrag? Es wäre zweifelsohne für die Kraft der Gewerkschaften besser gewesen, wenn die Mitgliedschaft entschieden hätte. Dann hätte die Führung dem Willen der Mitgliedschaft entsprochen. Warum so unfrei, wenn man frei sein will? Die Mitgliedschaft des DGB muß sich zur Wehr setzen gegen Verschacherungsversuche dieser Art, sie muß ihren freien Willen durchsetzen und ihre Interessen wahren.

Die Tore des Weltgewerkschaftsbundes waren und sind heute noch offen. Niemand hat dort Bedingungen gestellt. Die deutschen Gewerkschaftler hatten und haben freien Zutritt. Nehmen wir die Gelegenheit wahr und tun wir alles, um zu erreichen, daß eine einheitliche Weltgewerkschaftsbewegung zustande kommt, in der auch wir deutschen Gewerkschaftler gleichberechtigter Faktor und nicht Befehlsempfänger der AFL sind.

Geheime SS-Versammlung bei Veitenhansl

Erregungen im bayrischen Landtag - Der Vorsitzende des Deutschen Blocks fliegt aus dem Landtagsgebäude

München. (EB) Der Neofaschist Karl Veitenhansel, Gründer der vaterländischen Union, hat eine Geheimversammlung von rund 40 Personen abgehalten. Die Teilnehmer gehörten fast ausnahmslos ehemals der Gestapo, SS, dem SD und der NSDAP an.

Die Geheimversammlung, die am Donnerstag durchgeführt wurde, beschäftigte bereits gestern den bayrischen Landtag. Ein Abgeordneter der CSU verlas bei der Behandlung dieser Geheimversammlung aus einem Bericht der Münchner Abendzeitung, daß ein Diskussionredner mit Namen Schäfer besonderen Beifall erntete, ‚als er erklärte, er habe einen französischen Besatzungssoldaten totgeschlagen und dafür in Abwesenheit 15 Jahre Zwangsarbeit erhalten. Im Landtag kam es zu tumultartigen Szenen.

Der Abgeordnete meinte: „Wenn das so weiter geht, laufen wir Gefahr, daß es uns allen so geht wie 1933."

Die Erregung wurde noch größer, als der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jean Stock, in diesem Zusammenhang mitteilte, daß der Vorsitzende des Deutschen Blocks, Karl Meisner, eine Rede gehalten habe, in der er die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht vor allem deswegen, damit die deutsche Jugend wieder Ordnung und Disziplin lerne, forderte. „Wenn Meisner sich wieder im Landtag erblicken lassen werde, müsse er hinausgeworfen werden."

Noch in derselben Minute ergab sich die Gelegenheit dazu, als Meißner in den Wandelgängen erschien. Unter den Rufen „Raus mit dem Kerl, wir dulden keine Nazis in unseren Reihen", flog der Vorsitzende des deutschen Blocks aus dem Landtagsgebäude.

Katastrophale Lage der Waggonindustrie

Wenn andere in unserer Wirtschaft bestimmen sind die Folgen Auftragsmangel und Arbeitslosigkeit

Kassel. (vwd) Nach dem Auslaufen des von der Bundesbahn erteilten Neubau-Auftrages für 12 000 Waggons Ende dieses Jahres ist mit einer neuen Krise der Waggonindustrie im Bundesgebiet zu rechnen. Wie dazu von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands verlautet, werden nach Erschöpfung dieses Beschaffungsprogramms rund 9000 Arbeiter der Waggonindustrie mit Entlassung bedroht.

Die Gewerkschaft ist der Ansicht, daß diese Gefahr durch eine vernünftige Planung verhindert werden kann. Der gegenwärtige Wagenbestand der Bundesbahn betrage etwa 320 000 Güterwagen und 25 000 Personenwagen. Mit Rücksicht auf das hohe Durchschnittsalter der Wagen müßten jährlich etwa 13 000 Güterwagen und 300 Personenwagen erneuert werden. Das ergäbe für lange Zeit eine gesicherte Beschäftigung für die mit Entlassung bedrohten 9000 Arbeitskräfte.

Das ist wohl richtig, aber an diesem Punkte beginnt erst die Frage: Müssen wir nicht auf Grund der Marshallplan-Verpflichtungen Aufträge ins Ausland geben? Ist nicht deshalb der Auftragsrückgang in der Waggonindustrie Tatsache? Das ist der hauptsächlichste Grund für die katastrophale Lage in der Waggonindustrie und für das Arbeitsloswerden der Arbeiter.

Orlopp besprach in Hamburg Interzonenhandel

Hamburg. Der Leiter der Hauptabteilung für innerdeutschen Handel in der Sowjetzonen-Regierung, Josef Orlopp (SED), besprach in der Handelskammer in Hamburg Fragen des Interzonenhandels mit den führenden Persönlichkeiten der Kammer und etwa 50 an dem Interzonenhandel interessierten Hamburger Kaufleuten.

Orlopp, der nach Mitteilung der Kammer die Besprechung angeregt hatte, bat die Hamburger, offen über die Schwierigkeiten in Interzonenhandel zu sprechen, weil er sich darüber informieren wolle.

Um Konflikte zu verhindern

Beziehungen regelt die Hohe Kommission

Westdeutschland wird vom Petersberg aus regiert

Bonn. (nach dpa) Die Leiter der diplomatischen Kommissionen von zwölf Staaten wurden auf dem Petersberg bei der alliierten Hohen Kommission akkreditiert.

Francois-Poncet, der gegenwärtig den Vorsitz der alliierten Hohen Kommission führt, erklärte, daß die Lage der diplomatischen Vertreter bei der Bundesrepublik ohne Präzedenzfall in der Geschichte sei.

Die Beziehungen zwischen den ausländischen Missionen und der Bundesrepublik Deutschland würden durch die Hohe Kommission wahrgenommen.

In Bonner parlamentarisechn Kreisen konstatierte man kleinlaut die Tatsache, daß weder der Bonner Bundespräsident Heuß noch Dr. Adenauer bei der Vorstellung des Missionschefs zugegen war.

Auch wieder da

München. (Eig. Ber.) Der 1946 von der amerikanischen Militärregierung aufgelöste Bayerische Heimat- und Königsbund ist jetzt wieder auferstanden. Die Anhänger streben ein souveränes Königreich Bayern an.

Wiener Gemeinderat verhaftet

Wien. (dpa). Der ehemalige Abgeordnete des Verbandes der Unabhängigen im Wiener Gemeinderat, Heinrich Franz, ist unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet worden.

Die österreichischen Kommunisten hatten eine genaue Ueberprüfung der politischen Vergangenheit aller Abgeordneten des Verbandes der Unabhängigen gefordert. Der vor einigen Tagen vom VDU-Pressedienst bekanntgegebene Rücktritt von Franz als Gemeinderat wurde von kommunistischen Seite als eine Bestätigung für die Stichhaltigkeit dieser Forderung bezeichnet.

Die kommunistische Opposition im Wiener Gemeinderat behauptet, Franz habe der sogenannten österreichischen Legion in Deutschland angehört und sei erst 1935 österreichischer Staatsbürger geworden. Demgegenüber macht Franz geltend, daß er niemals aus Oesterreich ausgebürgert worden sei, obwohl er vor 14 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit besessen habe.

Oesterreichs Alternative: Preissenkung oder Lohnkampf

Wien. Die österreichische Wirtschaft steht vor der Wahl, eine Preissenkung herbeizuführen oder einen Lohnkampf zu riskieren, erklärte der Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Böhm. Für den Monat Januar sei eine neue Ueberbrückungsbeihilfe oder eine allgemeine Lohnerhöhung erforderlich, wenn die Preise nicht schnellstens gesenkt würden. Bei der gegenwärtigen Erregung in der Arbeiterschaft habe die kommunistische Agitation (!) ungewöhnlich starken Widerhall.

In Kärnten hat eine Delegation der Bauarbeiter von der Landesregierung bereits eine Preissenkung verlangt. Sie wies darauf hin, daß die Gewerkschaft neue Demonstrationen nicht verhindern könne, wenn diese Forderung nicht erfüllt werden sollte. In Kärnten, Tirol und in der Steiermark war es vor einigen Tagen zu größeren Ausschreitungen gekommen.

Dr. Müller fordert West-Ost-Koordinierungs-Gremium

Nürnberg. (dpa) Im Leitartikel der „Nürnberger Nachrichten" fordert der bayerische stellvertretende Ministerpräsident Dr. Jos. Müller ein Koordinierungs-Gremium zwischen West- und Ostdeutschland. Dies solle Konflikte zwischen der Wirtschaftspolitik der Sowjetzone und der Bundesrepublik verhindern. „Mit den Bemühungen um die deutsche Einheit" schreibt Dr. Müller, „dienen wir ebenso dem Frieden, wie mit den Bemühungen um die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit."

Friede auf Erden

Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für Frieden zum Weihnachtsfest

Das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden hat zum bevorstehenden Weihnachtsfest folgenden Aufruf erlassen, der von den Schriftstellern Johannes R. Becher und Arnold Zweig unterzeichnet ist:

Besonders in der Weihnachtszeit bewegt Jahr für Jahr die Herzen der überwältigenden Mehrheit der Menschen kein sehnlicherer Wunsch als der nach Frieden auf Erden. Trotzdem hat unsere Generation zwei furchtbare Kriege erleben müssen. Heute aber können wir frohe Botschaft verkünden, daß ein dauerhafter Friede möglich ist, da 800 Millionen Menschen sich in der Weltfriedensbewegung zusammengeschlossen haben, um diesen Frieden zu erkämpfen.

Das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden, das Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft, Vertreter aller demokratischen Organisationen, katholische und protestantische Theologen, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Menschen der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen umfaßt, hat sich zur Aufgabe gemacht, gestützt auf die Weltfriedensbewegung, alle Friedensanhänger zur Verwirklichung dieses erhabenen Zieles: „Friede auf Erden!" zu vereinen

Kampf um den Frieden

Wenn wir das Weihnachtsfest 1949 voll froher Zuversicht feiern, weil wir wissen, daß heute diese große Menschheitssehnsucht verwirklicht werden kann, müssen wir gleichzeitig mit tiefem Ernst daran denken, daß die Kriegstreiber noch nicht endgültig geschlagen sind, daß sie im Gegenteil mehr als je danach streben, die Welt in eine neue blutige Katastrophe zu stürzen. Angesichts dieser Tatsache gibt es für alle Friedensanhänger nur die eine Antwort, sich ohne Unterschied der religiösen Bekenntnisse, der politischen Anschauungen und der Parteizugehörigkeit im Kampf um den Frieden noch fester zusammenzuschließen. Niemand, der den Frieden liebt und dem sein eigenes Wohl, das seiner Familie und das der Menschheit am Herzen liegt, darf sich vom Kampf für den Frieden und gegen die Gefahr eines neuen Krieges, die wie ein Damoklesschwert über der Menschheit schwebt, ausschließen.

Man kann nicht für den Frieden sein und gleichzeitig eine unfreundliche oder gar feindselige Haltung gegenüber anderen Ländern und Völkern einnehmen. Jeder Friedensanhänger muß daher die Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte fördern.

Wer den Frieden liebt, tritt ein für die Freundschaft mit allen Völkern und bekämpft „den Antisowjetismus, die Grundtorheit unserer Epoche", wie ihn Thomas Mann genannt hat, die Grundtorheit, die unser deutsches Volk in den für unsere Nation und für die Welt so unheilvollen zweiten Weltkrieg stürzte.

Wer den Frieden liebt, tritt ein für die Freundschaft mit allen Völkern, für die Freundschaft mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien sowie auch mit dem amerikanischen, englischen, französischen Volk.

Oder-Neiße — die Friedensgrenze

Wer den Frieden liebt, bekämpft die Hetze gegen die von den alliierten Großmächten gemeinsam festgelegte Oder-Neiße-Grenze, denn diese Hetze dient nur der Vorbereitung eines neuen Krieges.

Wer den Frieden liebt, kämpft gegen die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland.

Wer den Frieden liebt, duldet nicht, daß die westdeutsche Jugend als Söldner an die Kriegstreiber vermietet wird, um als Kanonenfutter in einem neuen Krieg hingemordet zu werden.

Wer den Frieden liebt, kämpft dafür, daß Deutschland nie mehr das Schlachtfeld eines neuen Krieges wird.

Der schönste Weihnachtswunsch

Eine einheitliche, weltumspannende Friedensbewegung, in der ehrliche Friedensanhänger aller Richtungen zusammengeschlossen sind, kann diese Aufgaben erfüllen. Die Weltfriedensbewegung mit dem Ständigen Komitee des Weltfriedenskongresses in Paris an der Spitze wird diese große Sehnsucht der Menschheit Wirklichkeit werden lassen. Das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden als Teil der Weltfriedensbewegung ruft — in Uebereinstimmung mit allen ihm angeschlossenen Organisationen — alle Deutschen auf, in Veranstaltungen und Feiern in diesen Weihnachtswochen den Willen zum Kampf für den Frieden und gegen die Kriegstreiber zu stärken. So, nur so wird der große Weihnachtswunsch der überwältigenden Mehrheit aller Menschen in Erfüllung gehen. So, nur so verwirklichen wir den großen Gedanken des Weihnachtsfestes „Friede auf Erden!"

Dahlem gegen Kriegshetzer

Berlin. (E. B.) Das Mitglied des Politbüros der SED, Franz Dahlem, sagte auf der Landesdelegiertenkonferenz Mecklenburg:

„Die ausländischen und deutschen Imperialisten sind in einer schlechten Position in Westdeutschland. Denn sie sind zwischen der Deutschen Demokratischen Republik mit der gewaltigen Macht der Sowjetunion als Bundesgenosse und dem französischen werktätigen Volk eingeklemmt. Und in Westdeutschland selbst hat die Arbeiterschaft die erste große Welle von politischen Protest- und Warnungsstreiks gegen die nationale Verrats- und Kriegspolitik der Adenauer-Regierung entfacht.

Vom politischen Standpunkt aus ist die Lage der Imperialisten bei einer Aggression katastrophal. Denn gegen die Panzerdivisionen der sowjetischen Armee, denen wir uns wohl anschließen würden, gegen den Widerstand der westdeutschen Arbeiterschaft, gegen die französische Arbeiter, die durch den Mund von Maurice Thorez erklärte, daß sie beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in Frankreich sofort auf ihre Seite treten würden, gibt es nur die Aussicht der Vernichtung der Söldnertruppen, die schlimmer als bei Stalingrad wäre. Aber wir wollen keinen Krieg, denn Krieg ist Vernichtung und Zerstörung.

Millionen Friedenskämpfer werden die Kriegstreiber genau so zur Ohnmacht verurteilen wie es die nationale Volksbewegung in China tat.

Zum Kampf um den Frieden

... Rußland ist in einer Lage, in der es sich leisten kann, „Frieden" zu rufen. Anscheinend trifft das nicht auf uns zu, denn wir begehen furchtbare Fehltritte, auf die die Russen sehr leicht hinweisen können: unsere einflußreichen und geschwätzigen Soldaten, die offensichtlich anti-russische Natur ihrer Verteidigungspläne, unser Glaube an die fortdauernde internationale Spannung und unsere aufschneidenden Reden über die Atombomben.

Die russische Politik mag auf die öffentliche Meinung der osteuropäischen Staaten zugeschnitten sein, es besteht aber kein Zweifel, daß sie ihre Wirksamkeit auch in den Debatten der Vereinten Nationen hat.

„Manchester Guardian"

Arbeitereinheit zerschlägt Kriegspläne

Fortsetzung von Seite 1

Abkommens, spalteten sie Deutschland, unterwarfen sie Westdeutschland dem Ruhr- und Besatzungsstatut und schufen diesen separaten Weststaat, dessen Bundeskanzler Sie, Herr Dr. Adenauer, sind. Mit der Bereitschaft der Aufstellung eines deutschen Kontingentes in der Europa-Armee lösten Sie also die Schulden ein, die Sie bei der Bildung des separaten Weststaates und bei der Uebernahme des Bundeskanzler-Amtes eingegangen sind.

Jetzt, Herr Dr. Adenauer, wird auch jedem verständlich werden, warum Sie im Grundgesetz forderten, daß die Regierung die Rüstungsaufträge an die deutsche Industie verteilen kann. Jetzt wird es für jeden klar, warum gerade Sie gegen unseren Kriegsächtungs-Antrag auftraten.

Während die Atlantikpakt-Pläne, der Anschluß an eine Europa-Union, die Remilitarisierung Westdeutschlands das deutsche Volk ins Verderben führen, den Untergang des deutschen Volkes, seine physische Vernichtung zur Folge haben, kann das Leben, die Zukunft, Glück und Wohlstand des deutschen Volkes, besonders seiner Jugend, nur durch die Erhaltung des Weltfriedens gesichert werden. Die Bevölkerung Westdeutschlands will nicht in einer Kolonie leben, sie will nicht wie in der Vergangenheit afrikanische und asiatische Kolonien die Rohstoffe, den Reichtum ihres Landes und die Menschenmassen liefern, zur Verwirklichung der Eroberungspläne der Kolonialherren.

Wir vertreten Interessen der Jugend

Wir Kommunisten sind einig mit der deutschen Jugend, die es ablehnt, einen westdeutschen Volkssturm in amerikanischer Uniform abzugeben. Unsere deutschen jungen Menschen wollen nicht Landsknechte einer Kolonial-Armee sein. Unsere deutsche Jugend will weder Rekrut unter den Fahnen fremder, noch deutscher Imperialisten sein. Ich spreche im Namen der ganzen deutschen Jugend, wenn ich hier feierlichst erkläre, wir Kommunisten wollen nicht, daß die schmählichen Zeiten deutscher Vergangenheit wieder aufleben, als deutsche Fürsten ihre Landeskinder gegen Golddukaten zur Niederwerfung des im Unabhängigkeitskrieg um seine Freihet kämpfenden amerikanischen Volkes verkaufte. Wir wollen nicht, daß heute die deutsche Jugend im Interesse deutscher und ausländischer Imperialisten gegen deutsche Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, gegen die Völker des Ostens und Südostens geschickt werden, die sich ihre Freiheit erkämpft haben.

Während die anglo-amerikanischen Imperialisten Westdeutschland in eine Kolonie verwandelten, die Menschen und das Wirtschaftspotential in einem neuen Krieg verwenden wollen, begrüßte Stalin die Bildung der Deutschen Demoratischen Republik mit den Worten:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche Volk und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker in Europa die größten Potenzen zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden."

Damit gab Stalin dem deutschen Volke bisher ungeahnte Möglichkeiten einer neuen friedlichen Entwicklung. Das deutsche Volk braucht den Frieden. Es braucht die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit in einer einheitlichen demokratischen Republik. Das deutsche Volk braucht, um sich ein friedliches Leben aufbauen zu können, den sofortigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit der Regierung der Gesamtdeutschen Demokratischen Republik und den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Die Chauvinistische Kriegshetze gegen andere Völker, die Remilitarisierungs-Propaganda muß unterbunden werden, das deutsche Volk braucht freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zu den Völkern des Ostens und Südostens Europas, zu den Völkern der Sowjetunion, zu den Volksdemokratien und zu den Völkern Chinas. Dazu ist erforderlich, daß die Kriegshetzer, daß die deutschen Imperialisten, daß die Herren der Schwerindustrie an der Ruhr, die Herren der neuentstandenen Großbanken in Westdeutschland durch das deutsche Volk entmachtet werden.

Keine Erwerbslose und keine Schulden

In dieser friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik wird das deutsche Volk aus eigener Kraft seine Friedenswirtschaft entwickeln. In dieser Republik wird es keine Erwerbslosen geben, werden keine Angriffsbasen gegen andere Völker errichtet. In ihr wird es keinen Arbeitsdienst der Jugend geben. In friedlichen Handelsbeziehungen mit allen Völkern, insbesondere mit unseren natürlichen Handelspartnern, die deutsche Fertigwaren in unbeschränktem Umfange gegen von uns benötigte Rohstoffe und Lebensmittel auszutauschen wünschen, kann sich die deutsche Wirtschaft ohne Dollarschulden entwickeln. In dieser Republik wird es keine Hohen Kommissare geben, die die Lieferung von beispielsweise 75 000 to Eisenbahnschienen an die Volksrepublik China verbieten können.

In zahlreichen Betrieben haben die Belegschaften protestiert gegen die Unterzeichnung des Ruhrstatuts durch Dr. Adenauer und ebenso protestierten sie gegen die Remilitarisierungspläne Dr. Adenauers. Es haben in vielen Betrieben Proteststreiks stattgefunden. In Betriebs- und Gewerkschafts-Versammlungen wurden Protestresolutionen angenommen, in München wie in Nürnberg, wo 2000 Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute im Namen von 97 000 Nürnberger Betriebsarbeitern gegen die Remilitarisierung protestierten. Nicht nur Arbeiter in den Betrieben, sondern auch Frauen und Mütter protestierten gegen Ihre Remilitarisierungspläne, Herr Bundeskanzler. In Welper protestierten die Eltern von 7000 Kindern gegen die Remilitarisierung und erklärten dabei: „Ungeachtet der politischen Einstellungen müssen sich bei der jetzt drohenden Gefahr die Menschen aller Richtungen zusammenfinden, um den Frieden zu garantieren."

Nationale Front gegen Verräter

Diese Eltern von Welper sprechen das aus, was das deutsche Volk denkt. Jawohl, wenn wir alle einheitlich zusammenstehen, wenn die Arbeiter in den Betrieben sich zu einer kämpfenden Enheitsfront zusammenschließen, wenn die Bürger, wenn die deutschen Wissenschaftler, wenn der Bauer sich in diese einheitliche Front eingliedern, dann ist der Friede für das deutsche Volk und damit für Europa gesichert.

Den sozialdemokratischen Werktätigen wird immer stärker bewußt, daß man gegen die Pläne der in- und ausländischen Kriegstreiber nur erfolgreich kämpfen kann, wenn man vom Reden zum Handeln schreitet und gemeinsam kämpft. Diese Erkenntnis greift immer mehr um sich. Das beweisen die einheitlichen Kampfhandlungen der Arbeiter in den Betrieben, die gemeinsamen Proteste gegen die Politik Dr. Adenauers und seiner deutschen und ausländischen Hintermänner.

„Ich habe offen und freimütig erklärt," sagte Max Reiman abschließend, „daß gegen den einheitlichen Willen und gegen das einheitliche Handeln des deutschen Volkes ein Kanzler und seine Regierung sich keine 48 Stunden halten kann. Eine einheitliche Arbeiterklasse, eine kämpfende nationale Front, und in 48 Stunden ist die ganze Marionetten-Regierung durch das Volk erledigt und durch eine demokratische, friedliebende Regierung ersetzt."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

MANNHEIM

Made in England

Es ist das dritte Geschäft, das ich aufgesucht habe, um mir ein Paar Herrensocken zu kaufen. Nicht irgendwelche, sondern wollene, und dann auch nicht dick und in grau, sondern so, wie ich sie zu dem Sonntags-Halbschuh gerne tragen möchte. Und da hat es so seine Not. Die einzigen dieser Art tragen den Aufdruck „Made in England". Das würde ich gerne in Kauf nehnen, da Qualität und Aussehen für sich genommen gefallen. Aber dann kommt die leidige Größe. Unter 11½, so ungefähr für Schuhgröße 46 passend, haben wir nichts, sagte bedauernd die Verkäuferin. Und da mir das gleiche im dritten Geschäft passierte, kommen mir natürlich so meine Gedanken. Nicht wahr, bei diesem Kauf haben die Deutschen wieder mal nicht viel mitreden können, und wir bekamen das, wofür sich in anderen Ländern keine Abnehmer fanden. Nun, wir haben genug Fabriken, in denen wir unseren Bedarf so herstellen können, wie er den Erfordernissen entspricht, wenn uns dazu nur nicht die Möglichkeit genommen würde. Das kommt wieder, sagte einer meiner Bekannten, dem ich dieses kleine Erlebnis erzähle. Aber erst dann . . . Nun, Sie wissen schon, was alle anständigen Deutschen heute fordern. Sonst wird es so bleiben, daß wir nicht einmal unser Geld im eigenen Hause drucken können, wie uns dies wieder so schön mit den angekündigten neuen 5.— DM - Scheinen vorgemacht wurde.

Kostenlose Zigaretten

Der Präsident des Landesfinanzamts Baden hat aus beschlagnahmten Beständen Zigaretten für Hilfsbedürftige als Weihnachtsgeschenk zur Verfügung gestellt. Diese werden an männliche Personen (Haushaltungsvorstände) ausgegeben. Als hilfsbedürftig gelten Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Unterhaltshilfe- und Zuschußempfänger aus der Soforthilfe. Die Zigaretten wollen sowohl von den Wohlfahrtsempfängern als auch von den Soforthilfeempfängern bei der für ihre Wohnung zuständigen Stelle des Wohlfahrtsamtes in Empfang genommen werden und zwar **Buchstabe A—K am Mittwoch, dem 21. Dezember 1949 und Buchstabe L — Z am Freitag, dem 23. Dezember 1949.**

Die Soforthilfeempfänger bitten wir, als Ausweis ihren vom Amt für Soforthilfe ausgestellten Bescheid mitzubringen.

Städt. Wohlfahrtsamt

Es reicht nur zum Notdach

Ludwigshafen. (Lwb). Am Bahnhof in Ludwigshafen werden gegenwärtig Ausbesserungsarbeiten durchgeführt, die jedoch nur provisorischen Charakter haben sollen. Unter anderem wird die Bahnhofshalle mit einem Notdach versehen. Das gegenüber dem Hauptbahnhof gelegene Hauptverwaltungsgebäude der Bundesbahn wird entrümmert. Der Ludwigshafener Oberbürgermeister Bauer hatte den Bahnhof der Stadt vor kurzem als „den übelsten der Bundesrepublik und die dortigen Zustände als skandalös bezeichnet.

Versammlungen der KPD Mannheim

Neckarstadt-Ost. Am Dienstag, dem 20. Dezember 1949 findet um 19,30 Uhr in der Uhlandschule eine Sonder-Mitglieder-Versammlung statt. Thema: „Die Bedeutung der Persönlichkeit Stalins für die sozialistische Bewegung". Referent: W. Möller.

Für die Freibank-Verkaufsstelle Neckarstadt!

KPD-Stadräte gegen die Schließung

Zu der Leser-Zuschrift über die Schließung der Freibank-Verkaufsstelle Neckarstadt nimmt die kommunistische Stadtrats-Fraktion folgende Stellungnahme ein:

Die Stadtverwaltung Mannheim machte es sich bei der Aufhebung der beiden Verkaufsstelen für Freibankfleisch in der Neckarstadt und in der Oststadt ziemlich bequem. Sie berief sich in ihrer ablehnenden Stellungnahme hauptsächlich auf den Paragraphen soundsoviel des Fleischbeschauungs-Gesetzes, dem hygienische Verordnungen zugrunde liegen und erblickt in ihm auffallend kurzsichtig die einzige Lösung. Wir können einer Mutter von 5 Kindern sehr gut nachfühlen, was es für sie nach der Schließung der Freibank-Verkaufsstelle bedeutet, kein Fleisch zu einem bedeutend niedrigeren Preis als in den Metzgereien für ihre Familie einkaufen zu können. Eine Anwesenheit der Bedürftigen in der Wirtschaftsausschußsitzung vom 7. November 1949 hätte den CDU-, SPD- und DVP-Stadträten sicherlich bewußt gemacht, wie unsozial die Schließung der Verkaufsstellen ist. Lediglich die beiden Stadträte der KPD stellten im Interesse der Notleidenden den Antrag, die Freibank-Verkaufsstelle Neckarstadt weiter aufrecht zu erhalten.

Die Begründung von seiten der Stadtverwaltung, daß es für die Beschaffenheit und Haltbarkeit des Fleisches nicht gut sei, wenn es vom Schlachthof nach der Neckarstadt transportiert würde, ist abwegig, denn bis dato ist uns noch kein Fall bekannt, daß durch einen solchen Transport, wie es bisher geschehen ist, das Fleisch in seiner Haltbarkeit beeinträchtigt wurde.

Auch der Paragraph 1 der Freibank-Verordnung, daß Freibankfleisch ausnahmslos im Schlachthof verkauft werden muß, kann nicht genügend für den Erlaß der Stadtverwaltung sein, denn die Vergangenheit hat bewiesen, daß es auch noch andere Möglichkeiten gibt. Bei der Voraussetzung eines guten Willens hätte man diese Verkaufsstelle ohne weiteres als einen Teil des Schlachthofes erklären könen. Es wäre so möglich gewesen, den Minderbemittelten das Fleisch weiterhin günstig zukommen zu lassen. Die in der Sitzung angeführte Kostenersparnis steht in keinem Verhältnis zu dem Mehraufwand, den die vielen Bedürftigen, um zum Schlachthof zu gelangen, aufbringen müssen.

Im Interesse der Bevölkerung fordert die kommunistische Stadtrats-Fraktion nach wie vor, daß die Freibank-Verkaufsstelle Neckarstadt weiter aufrecht erhalten wird.

Vergewaltigungsversuch durch Besatzungssoldaten

Überfall in den frühen Abendstunden

Es war kurz nach 20 Uhr, als sich in der Draisstraße vier Soldaten auf eine Frau stürzten, am Halse würgten und auf der Straße herumzogen, so daß diese bewußtlos wurde. Die vier Täter, denen es anscheinend nicht schnell genug ging, hatten ihrem Opfer teilweise die Kleider heruntergerissen. Zu der beabsichtigten Vergewaltigung kam es jedoch nicht, da die Soldaten durch einen auftauchenden Straßenpassanten vermutlich an ihrem Vorhaben verhindert wurden.

Bei der Arbeit abgestürzt

Bei Ausführung von Malerarbeiten in der früheren Pionierkaserne in Feudenheim stürzte ein lediger Maler aus Viernheim von dem aufgestellten Gerüst und zog sich durch den Sturz eine Gehirnerschütterung, sowie andere Verletzungen zu. Er fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus.

Bei glatter Straße zusammengeprallt

Wohl infolge übermäßiger Geschwindigkeit kam auf der Weinheimer Straße, in Höhe der früheren Gallwitzkaserne, ein in Richtung Mannheim fahrender Taxifahrer mit seinem Wagen auf der glatten Straße ins Schleudern und prallte mit voller Wucht auf einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Personenwagen. Während der Taxifahrer unverletzt blieb, zog sich der andere Fahrer eine erhebliche Kopfplatzwunde zu. Die beiden Fahrzeuge mußten in schwer beschädigtem Zustande abgeschleppt werden. Gesamtschaden rund 3000 DM.

Zu schwer geladen

Nachdem unbekante Diebe während der Dunkelheit mit Gewalt das Fenster eingedrückt hatten, stiegen sie in eine Malerwerkstätte in der Neckarstadt ein und entwendeten die dort aufbewahrten drei Fahrräder. Anscheinend hatte man sich „überladen", denn einige Stunden später wurde eines der gestohlenen Fahrräder an der Auffahrt zur alten Jungbuschbrücke wieder aufgefunden.

Scheckbuch gestohlen

Ein Unbekannter, der an einem vor dem Parkhotel parkenden Personenkraftwagen vorbeikam, ohne einmal hineinzuschauen, eignete sich nach gewaltsamem Eindringen die Aktentasche des Autobesitzers an, in der sich außerordentlich wichtige Geschäftspapiere, darunter auch ein Scheckbuch auf das Bankhaus Bensel, befanden.

Die vereiste Fahrbahn war schuld

Gerade hatte eine Zugmaschine mit einem angehängten Teersiedewagen das letzte Drittel der Jungbusch-Notbrücke in Richtung Neckarstadt erreicht, als der schwere Teerwagen auf dem vereisten Boden ins Gleiten kam und die Zugmaschine auf den Gehweg drückte. Der Teerwagen selbst stellte sich quer über die Fahrbahn, so daß der Verkehr über die Brücke bis zur Beseitigung des Hindernisses über die Friedrich-Ebert-Brücke umgeleitet werden mußte.

Nicht aneinander vorbeigekommen?

Auf der Sandhofer Straße wurde ein in Richtung Lampertheim unterwegs befindlicher Motorradfahrer vom Kotflügel eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden amerikanischen Fahrzeuges erfaßt und zu Boden gerissen. Der Mann erlitt einen Unterschenkelbruch. Er fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus. Ueber den Hergang des Unfalls sind keine Einzelheiten bekannt, da der Verletzte noch nicht vernehmungsfähig ist und Augenzeugen nicht vorhanden sind.

Neue Tarifvereinbarungen für Angestellte

Abkommen zwischen DAG und Handel

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Ortsgruppe Mannheim, teilt uns zu der neuen Tarifvereinbarung im Handel nachstehendes mit:

Für den gesamten Handel in Baden wurden am 18. November 1949 zwischen der Deutschen Angestellten - Gewerkschaft, Landesverband Württemberg - Baden und dem Landesverband des Einzelhandels, Württemberg-Baden e. V., dem Groß- und Außenhandelsverband Württemberg - Baden e. V., dem Landesverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels Württemberg-Baden e. V. nach monatelangen Verhandlungen folgende Tarifvereinbarungen getroffen, bei denen als wichtigste Merkmale folgende Bestimmungen zu beachten sind:

In Nordbaden gelten in Zukunft die für Nordwürttemberg maßgebenden Tarifordnungen.

Vereinbarte echte Leistungszulagen dürfen bei Erhöhung des bisherigen Tarifes nicht in Anrechnung gebracht werden. Die in Nordbaden beschäftigten Angestellten sind nach den Tätigkeitsmerkmalen des Württembergischen Tarifes unter Mitwirkung des Betriebsrates individuell einzustufen.

Arbeisbedingungen, die bei Inkrafttreten der vorliegenden Vereinbarung für einen Angestellten bestehen und günstiger sind als nach dieser Vereinbarung, bleiben bestehen.

Ebenso gelten für Nordbaden die bisher bestehenden Soziallagen mit 12 DM für Verheiratete, 10 DM Kinderzulage und 10 DM für Alleinstehende weiterhin.

Die Vereinbarung tritt rückwirkend ab 1. Juni 1948 in Kraft. Danach gelten für Nordbaden für Mehrarbeit folgende Sätze: Für die 49. bis einschließlich 52. Wochenarbeitsstunde mit 1/200 der monatlichen Gehaltsbezüge pro Stunde plus 15 Proz. Zuschlag.

Für die 53. und 54. Wochenarbeitsstunde mit 1/200 der monatlichen Gehaltfbezüge pro Stunde plus 20 Proz. Zuschlag.

Für die 55. und weiteren Wochenarbeitsstunden mit 1/200 der monatlichen Gehaltsbezüge pro Stunde plus 30 Proz. Zuschlag.

Für die Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, sowie für Nachtarbeit (in der Zeit zwischen 21 und 7 Uhr), soweit sie Mehrarbeit ist, werden 1/200 der monatlichen Gehaltsbezüge plus 50 Proz. vergütet.

Die Vergütung für Mehrarbeit ist jeweils bei der komenden Gehaltszahlung zur Auszahlung zu bringen. Der Rechtsanspruch auf die Vergütung der Mehrarbeit erlischt, falls er nicht spätestens beim zweiten Gehaltszahlungstermin geltend gemacht wird.

Eine Aufgabe der Betriebsräte im Handel ist es, auf genaueste Durchführung der Tarifbestimmungen und ganz besonders auf die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes, des Mutterschutzgesetzes und die Bestimmungen bei Beschäftigung von Aushilfskräften zu achten.

Kurzarbeit und Entlassungen

Ludwigshafen. (Lwb). In einem jetzt veröffentlichten Arbeitsmarktbericht für den Monat November weist das Arbeitsamt Ludwigshafen darauf hin, daß das weitere Ansteigen der Arbeitslosenzahlen auf Absatzschwierigkeiten der Großbetriebe zurückzuführen sei. Viele Betriebe der Berufsgruppe „Eisen und Metall" und einige Werke der chemischen Industrie hätten Kurzarbeit einführen müssen. Nur einige namhafte Betriebe konnten in geringem Umfang bereits entlassene Arbeiter wieder einstellen. Allgemein zeige der Arbeitsmarkt weiter steigende Tendenz.

Freigabe von Besatzungsmobilar

Die US-Besatungsmacht hat erneut zahlreiche Mobiliar- und Einrichtungsgegenstände freigegeben und diese dem Besatzungskostenamt Mannheim zwecks Ermittlung der Eigentümer ausgeliefert.

Es handelt sich überwiegend um freigegebenes Mobiliar aus Wohngebäuden des „Feudenheimer Sektors."

Die von Beschlagnahmen betroffenen Personen haben Gelegenheit, diese Gegenstände in der Zeit vom 19. Dezember 1949 bis 14. Januar 1950, täglich von 8,30 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr, samstags von 8,30 bis 11,30 Uhr im Q 6 - Bunker in Mannheim zu besichtigen und daselbst ihre Eigentumsansprüche unter Vorlage von Beweismitteln geltend zu machen.

Die Geltendmachung der Eigentumsansprüche und die Abholung des Eigentums hat **innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen** dieser Bekanntmachung zu erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist wird über nicht abgeholte Gegenstände wie über herrenloses Gut verfügt werden.

Mannheim, den 19. Dezember 1949

Besatzungskostenamt für den Stadt- und Landkreis Mannheim

Volksbücherei geschlossen

Die Städtische Volks- und Musikbücherei ist zwischen Weihnachten und Neujahr wegen Reingungsarbeiten geschlossen. Nur die Jugend kann am Donnerstag (29. Dezember) und Samstag (31. Dezember) Bücher in der Jugendbücherei umtauschen.

Neuerstehung des Verkehrsvereins

(Lwb). Der Verkehrsverein Mannheim wird demnächst wieder seine Arbeit aufnehmen. Auf einer Zusammenkunft interessierter Wirtschaftskreise wurde beschlossen, die bisherigen Satzungen des Vereins von einer juristischen Kommission überprüfen zu lassen und diese einer im Januar einzuberufenden Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Ortsausschuß Schwetzingen gegen Erhöhung der Schloßgarten-Eintrittspreise

Aus einer Mitteilung des Ortsausschusses Schwetzingen des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden geht hervor, daß dieser sich in seiner letzten Sitzung gegen eine Erhöhung der Schloßgarten-Eintrittspreises ausgesprochen hat. Es wird u. a. die Forderung erhoben, in den Schloßgartenbeirat einen Vertreter der Gewerkschaften aufzunehmen, da erwiesen ist, daß die Abonnements der Schloßgartenbesucher zu 80 Prozent aus Angehörigen der werktätigen Bevölkerung bestehen.

In seinen weiteren Beratungen wandte sich der Ortsausschuß gegen die Haltung Böcklers zum Petersberger Abkommen, die als ein eigenmächtiger Uebergriff bezeichnet wird. Ebenso wurde das Fortbestehen des Notopfers Berlin verurteilt.

Schnellboot „Telefunken" wird Gaststätte

Der Konstrukteur und Besitzer des Schnellbootes „Telefunken" hat sich entschlossen, bis zum Eintritt günstiger Witterung das Boot vorübergehend als Gaststätte einzurichten. Dieser für Mannheim neuartige Restaurationsbetrieb befindet sich an dem jetzigen Liegeplatz des Bootes, an der Friedrichsbrücke.

Amerikanisches Gericht verurteilt Deutsche zu hohen Zuchthausstrafen

Sechs Deutsche wurden am Mittwoch von einem amerikanischen Gericht in Mannheim zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie als Tankwagenfahrer bei der amerikanischen Armee rund 27 000 Liter Benzin unterschlagen haben.

Da nach amerikanischem Recht jeder einzelne Diebstahl für sich bestraft wird, lautete die Gesamtstrafe für all sechs Angeklagten auf 232 Jahre Zuchthaus. Zu verbüßen haben vier der Verurteilten je zehn Jahre, die beiden weiteren je sieben Jahre.

Dr. Wirth gegen CDU

Mannheim (lwb). Reichskanzler a. D. Dr. Hermann Wirth, der Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Badener ist, hat es abgelehnt, auf einer Kundgebung der „Jungen Union", Heidelberg, über das Thema „Südweststaat oder Altbaden" zu sprechen. Dr. Wirth hat seine Ablehnung damit begründet, daß er der CDU nicht angehöre und ihre derzeitige Politik ablehne.

Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden
Ortsausschuß Mannheim

Betriebsräte und interessierte Mitglieder!

Im Rahmen unserer Schulungsvorträge spricht am Montag, den 19. Dezember 1949, 19.30 Uhr, im oberen Saal der Wirtschaftshochschule Arbeitsgerichtsrat Ringer über:

„Tarifvertragsrecht und Betriebsräterecht"

Wollen Sie als **Schwerhöriger** wieder besser hören?
Dann probieren Sie unverbindlich meine einstellbaren in
Mannheim, Schloßhotel, M 5, 8-9 Dienstag, 20. Dez., 9—14 Uhr und Mittwoch, 21. Dez., 9—14 Uhr
Heidelberg, Hotel Stadt Bergheim Freitag, 23. Dez., 9—14 Uhr
ausgestellten, ärztl. empfohl. Kristall- und Röhren-Hörgeräte mit Knochen- und Ohreinsteckhörer. Das kleine Tonaufnahmegerät grenzt an ein akustisches Wunderwerk, das in jeder Westentasche und unter jedem Kleid unsichtbar getragen werden kann. Es kostet außerdem ungefähr nur die Hälfte wie ausländische Röhrengeräte.
Hörapparate, Hörrohre u. Ohrbrillen in allen Preislagen.
J. MELLERT Hörgeräte, auch für Kirchen, Kinos usw. **KONSTANZ** Wollmatinger Straße 53/55

Affaire BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag. Berlin

Karlheinz Gabler unternahm einen Fluchtversuch aus der Strafanstalt in Brandenburg, wohin er zu seiner Aburteilung transportiert worden war. Er trat im Gang des Zuchthauses auf den Oberwachtmeister Schwarz zu, der glaubte, daß Gabler eine Frage an ihn richten wolle. Gabler nahm plötzlich einen Anlauf, rannte Schwarz über den Haufen, ergriff dessen Karabiner, wuchtete ihm damit über den Schädel, lief bis zum Dachboden, sprengte eine Tür. Die große Alarmglocke ertönte. Gabler erreichte das Dach, ging hinter dem hohen Schornstein der Anstaltswäscherei in Deckung, schoß von dort auf seine Verfolger, bis er von drei Karabinerkugeln getroffen wurde. Er rollte bis zum Dachrand und hinüber, hing an der Regenrinne, nach vierzig Sekunden lösten sich seine Finger, und er stürzte die fünf Stockwerke hinab und blieb zerschmettert auf einem Stiefmütterchenbeet liegen, das Gefangene angelegt hatten.

Die Disziplinarverfahren gegen Landgerichtsrat Wilhelm Konrad und Kriminalkommissar Jens Schwerdtfeger wurden vertagt auf unbestimmte Zeit, um den gesamten Komplex Platzer—Gabler—Blum durch neue Ermittlungen, sowohl hinsichtlich der Angeschuldigten als der beteiligten Polizei- und Verwaltungsbehörden aufklären zu lassen. Das dauerte drei Jahre. Konrad wurde strafversetzt, Schwerdtfeger entlassen. Sie trugen damals schon das Parteiabzeichen unter dem Rockaufschlag, bald aber das goldene oben. 1934 wurde Konrad zum Landgerichtsdirektor befördert, Schwerdtfeger wurde Staffelführer der SS, avancierte zum Obersturmführer beim SS-Polizeichef, leitete im Rußlandfeldzug die SS-Polizeistaffel 105, setzte sich ab, geriet im Wellenschlag mit der Sturzflut des Kriegsendes in ein Internierungsaus dem nationalsozialistischen Verlag „Ehre und Recht", in der ein lendenlahmer Versuch zu ihres Mannes und Konrads Ehrenrettung gemacht wurde.

Konrad amtierte noch neun Jahre und erlitt dann einen Herzschlag in seinem Urlaub bei dem Friseur in Altheide, als ihm der Bart gestutzt wurde, den er sich hatte wachsen lassen.

Sein Sohn Egon Konrad war in der Verwaltung des Volksgerichtshofes. Unter den Akten, die durch seine Hände gingen, befand sich auch eine Anklage gegen den Lehrer Max Tischbein wegen defaitistischer Aeußerungen. Sechs Jahre Zuchthaus. Im dritten Kriegsjahr. Aber Egon Konrad entsann sich des Namens nicht mehr. Die Befreiung durch die alliierten Truppen wurde in den Akten nicht mehr vermerkt.

Tischbein ist Schulrat in seiner Heimatstadt. Seine Tochter zeichnet keine bösen Piepmätze und keine Krikudule mehr. Sie ist eine Jungfrau von 24 Jahren und studiert Kunstgeschichte.

Egon Konrad konnte in Berlin untertauchen. Er war keine juristische Leuchte und war nicht sonderlich hervorgetreten. Er lebt von dem schmalen Gehalt seiner Frau, die in einer Leihbücherei angestellt ist. Sie hausen in einer Kammer. Manchmal träumt er von den Hinrichtungen, denen er beiwohnte. Sein Vater hatte es auf zwei Dutzend gebracht Er war bei einhundertvierzig Hinrichtungen zugegen gewesen. Darunter achtzig Ausländer, sechzehn Frauen. Egon Konrad schläft schlecht und bekämpft vergeblich ein Gallenleiden.

Bonte? Otto Bonte wurde nach dem Reichstagsbrand festgenommen, er war einer der ersten Insassen des KZ Oranienburg, wurde nach drei Jahren entlassen, dienstunfähig durch einen herausgetretenen Bruch, der durch den Tritt eines SA-Stiefels entstand, verlor einen Sohn im Krieg, leitet jetzt kriminalistische Spezialkurse einer Landespolizeischule, besitzt noch sämtliche Zeitungsausschnitte aus der Zeit der Affaire Blum, von rechts und links, rotangestrichen. Es gibt sonst wenig Dokumente mehr von diesem Fall. Wo die Akten sind, weiß niemand. Landgerichtsrat Konrad hat sie einmal angefordert.

Dr. Wormser half noch vielen Juden heraus. Er selbst ging zu spät. Mit deutschen Rechtskenntnissen konte man in Paris nichts anfangen. Er hatte es schwer. Er arbeitete bei einem Zuckerbäcker. Dann wurde er von den Deutschen doch noch in ein Konzentrationslager in Südfrankreich gesetzt. Bekam eine böse Augengeschichte und starb qualvoll im Lager.

Christina Burmann? — Ja, Christina Burmann wurden vier Monate ihrer Strafe erlassen. Durch Vermittlung der evangelischen Fürsorge für Strafentlassene erhielt sie eine Stelle als Laborantin in einer Klinik in Norddeutschland. Dort war sie nur kurze Zeit. Dr. Neuhaus, der Kölner Zahnarzt, der Anteil an ihrem Schicksal nahm, ihr auch regelmäßig in die Strafanstalt schrieb und Pakete schickte, suchte sie auf. Sie heirateten. Sie hat zwei Kinder. Acht Jahr und fünf Jahr. Ihr Mann fiel in der Ukraine, noch ehe das Jüngste geboren. Sie lebt in einer kleinen Stadt im Rheinland, wohin sie evakuiert wurde. Frau Dr. Neuhaus ist überall sehr beliebt. Niemand ahnt etwas von ihrer Vorgeschichte. Nur sie selbst versinkt manchmal, wenn sie am Herd steht, wie unter einer schweren, dumpfen Glocke und denkt zurück. Aber nicht lange. lager beim Remscheid. Seine Frau hatte im letzten Kriegsjahr Möbel und alle bewegliche Habe nach Garmisch gebracht, wo sie bei ihrer Schwester auf die Rückkehr ihres Mannes wartet. Die Bücher Schwerdtfegers hat sie gerettet, darunter Hölderlin und eine Broschüre „Vergewaltigte Justiz" Die Kinder lassen ihr keine Zeit dazu.

Lucie Schmerschneider ist tot und liegt in Stendal auf dem Friedhof.

Anna Platzer kam bei dem nächtlichen Bombenangriff am 4. August 1944 ums Leben. Dabei verbrannte die Photographie von Wilhelm Platzer mit seinem Namenszug.

Uebrigens wurde in dieser Nacht auch das Lokal „Zur Hohen Pforte" vernichtet, in dem sich Bonte und Schwerdtfeger trafen. Au chKonrads Haus, der Justizpalast mit allen Zellen im Untersuchungsgefängnis, das Regierungsgebäude, das Stadttheater und die Villa Blum, die im Zuge der Beschlagnahme jüdischen Besitzes zur Zentralstelle der NSV geworden war. Von der Stadt blieben nur vierzig Prozent übrig.

Hans Fischer hat die süße Alma nicht geheiratet. Sie betrog ihn mit dem Verwalter. Wer mag wissen, wo sie jetzt ist? Sie war nur komisch und dick und sonst uninteressant. Fischer aber wurde Ortsgruppenführer von Helgendorf, führte ein strenges Regiment. Dann Krieg. Feldwebel. Zwei Jahre in englischer Gefangenschaft. Nach der Entlassung Arbeiter in einer Eisenbahnreparaturwerkstatt in Hamburg. Er war nach Kriegsschluß zwei Tage in Helgendorf, um zu sehen, was von seinen Sachen noch da war. Es war nichts mehr da. Als er an Gablers Haus Nr. 73 a vorbeikam, schaukelten zwei Mädchen im Vorgarten. Neue Fensterläden, frisch gestrichener Zaun. Es wohnt jetzt ein Sensenmacher drin. Im Keller hat er seine kleine Schmiede. Im Dorf erzählen die Alten, in dem Haus spucke es. Der Sensenschmied hat davon noch nichts gemerkt. Im übrigen wär's ihm auch egal. Er hat eine Familie von sieben Köpfen. Zweimal total ausgebombt. Er ist froh, ein Dach über dem Kopf zu haben.

Der Chauffeur Karl Bremer zog mit seiner Frau nach Breslau, war noch siebzehn, er in seiner Eigenschaft als Volkssturmmann durch eine russische Granate getötet. Das Leben ist gefährlich ,aber es übt kolossal . . . für das Ende.

Strohschneiders Waffengeschäft florierte all die Jahre glänzend; denn es liefen viele Jüngelchen herum, die eine Freude an der Knallerei hatten. Er verkaufte auch Schlagringe, Ehrendolche und andere Gebrauchsgegenstände. Jetzt hat das Geschäft sehr nachgelassen.

Schichtls Marionettentheater aber ist dasselbe geblieben. Es reist in Süddeutschland, und das kleine und das große Publikum lacht noch immer genau so herzlich über den Kaspar. Kaspar ist unsterblich.

Aber all diese Menschen, die einmal dieser Mord zusammenwehte, wissen nichts mehr voneinander. Es ist so schwer, in dieser Zeit wieder Verbindung zueinander zu finden.

Und doch! Bonte hat einen Brief mit einer Photographie von Blum bekommen. Weißhaarig sitzt er in einer weiten, bastseidenen Jacke an seinem Schreibtisch mit fremdartig anmutendem Telephon. Im Vordergrund liegt ein Pflasterstein als Briefbeschwerer

Er schreibt dazu:

„Ich hab' ihn immer mitgenommen zur Erinnerung daran, wie es begann."

Ende.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

KP Jugoslawiens
in der Gewalt von Mördern und Spionen

Resolution des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien — Die rev olutionäre Wachsamkeit muß erhöht werden

Das Informationsbüro, bestehend aus Vertretern der Kommunistischen Partei Bulgariens, der Rumänischen Arbeiterpartei, der Ungarischen Partei der Werktätigen, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), der Französischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Italienischen Kommunistischen Partei, erörterte die Frage „Die Jugoslawische Kommunistische Partei in der Gewalt von Mördern und Spionen" und kam einmütig zu einem Einvernehmen über folgende Schlußfolgerungen:

Während die Beratung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien im Juni 1948 den Uebergang der Clique Tito-Rankovic von der Demokratie und dem Sozialismus zum bürgerlichen Nationalismus konstatierte, hat sich in der Zeit seit dieser Beratung des Informationsbüros der Uebergang dieser Clique vom bürgerlichen Nationalismus zum Faschismus und zum direkten Verrat an den nationalen Interessen Jugoslawiens vollzogen.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß die jugoslawische Regierung sich in völliger Abhängigkeit von den ausländischen imperialistischen Kreisen befindet und sich in das Werkzeug ihrer aggressiven Politik verwandelt hat, was zur Liquidierung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der jugoslawischen Republik führte. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Regierung Jugoslawiens schlossen sich voll und ganz mit den imperialistischen Kreisen zusammen gegen das ganze Lager des Sozialismus und der Demokratie, gegen die kommunistischen Parteien der ganzen Welt, gegen die Volksdemokratien und die UdSSR.

Die Clique der Belgrader gedungenen Spione und Mörder schloß ganz offen eine Abmachung mit der imperialistischen Reaktion und trat in ihren Dienst, was der Budapester Prozeß gegen Rajk und Brankov mit aller Klarheit aufdeckte.

Dieser Prozeß hat gezeigt, daß die gegenwärtigen jugoslawischen Machthaber aus dem Lager der Demokratie und des Sozialismus in das Lager des Kapitalismus und der Reaktion überliefen, direkte Helfershelfer der Hetzer zu einem neuen Krieg wurden und durch ihren Verrat das Lob der Imperialisten erringen und sich vor ihnen hervortun wollen.

Der Uebergang der Tito-Clique zum Faschismus ist kein Zufall. Er erfolgte auf Befehl ihrer Herren, der englisch-amerikanischen Imperialisten, deren Söldlinge, wie sich jetzt herausstellte, diese Clique schon seit langer Zeit ist.

In Erfüllung des Willens der Imperialisten setzten sich die jugoslawischen Verräter die Aufgabe, in den Ländern der Volksdemokratie politische Banden aus reaktionären, nationalistischen und klerikalen und faschistischen Elementen zu bilden, um, gestützt auf sie, in diesen Ländern einen konterrevolutionären Umsturz durchzuführen, sie von der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager loszureißen und den Kräften des Imperialismus unterzuordnen. Die Tito-Clique verwandelte Belgrad in das amerikanische Zentrum der Spionage und der antikommunistischen Propaganda.

Verrat in der UN

Während alle wahren Freunden des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus die UdSSR als die mächtige Hochburg des Sozialismus, als den zuverlässigen, unerschütterlichen Verteidiger der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, als das Hauptbollwerk des Friedens ansehen, betrieb die Clique Tito-Rankovic, die unter der Maske der Freunde der UdSSR die Macht erschlichen hatte, auf Befehl der englisch-amerikanischen Imperialisten eine provokatorische Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion unter der Benutzung der niederträchtigsten, dem Arsenal der Nazis entlehnten Erfindungen.

Die Umwandlung der Clique Tito-Rankovic in eine direkte Agentur des Imperialismus und in einen Helfershelfer der Kriegshetzer erhielt ihren Abschluß im offenen Beitritt der jugoslawischen Regierung zum imperialistischen Block in der Organisation der Vereinten Nationen, wo Kardeli, Djila, Bebler und ihresgleichen in den wichtigsten Fragen der internationalen Politik in einer Einheitsfront mit den amerikanischen Reaktionären vorgehen.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik ist das Hauptergebnis der Tätigkeit der verräterischen Clique Tito-Rankovic die faktische Liquidierung des volksdemokratischen Regimes in Jugoslawien.

Infolge der konterrevolutionären Politik der Clique Tito-Rankovic, die die Macht in der Partei und im Staat usurpiert hat, wurde in Jugoslawien ein antikommunistisches Polizeistaatsystem faschistischer Art aufgerichtet. Die soziale Grundlage dieses Regimes sind die Kulaken im Dorf und die kapitalistischen Elemente in der Stadt. Die Macht in Jugoslawien ist faktisch in den Händen volksfeindlicher, reaktionärer Elemente.

In den zentralen und lokalen Organen schalten und walten aktive Politiker der alten bürgerlichen Parteien, Kulaken und andere der Volksdemokratie feindliche Elemente. Die herrschende faschistische Oberschicht stützt sich auf einen übermäßig aufgeblähten Militär- und Polizeiapparat, mit dessen Hilfe sie die Völker Jugoslawiens knechtet, das Land in ein Militärlager verwandelte, die demokratischen Rechte der Werktätigen vernichtete und jede freie Meinungsäußerung mit Füßen tritt.

Staatsmacht in Händen von Volksfeinden

Die jugoslawischen Machthaber suchen mit frecher Demagogie das Volk durch die Behauptung zu täuschen, daß sie angeblich den Sozialismus in Jugoslawien aufbauen. In Wirklichkeit ist es für jeden Marxisten klar, daß von keinem immer wie gearteten Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien die Rede sein kann —, angesichts der Tatsache, daß die Tito-Clique mit der Sowjetunion und dem ganzen Lager des Sozialismus und der Demokratie gebrochen hat und daß sich Jugoslawien der Hauptstütze für den Aufbau des Sozialismus beraubte, als sie das Land wirtschaftlich und politisch den englisch-amerikanischen Imperialisten unterordnete.

Der staatliche Sektor in der Wirtschaft Jugoslawiens hörte auf, Volksgut zu sein, denn die Staatsmacht ist in den Händen von Volksfeinden. Die Clique Tito-Rankovic öffnete weite Möglichkeiten für das Eindringen ausländischen Kapitals in die Wirtschaft des Landes und stellte es unter die Kontrolle der kapitalistischen Monopole. Die englisch-amerikanischen Industrie- und Finanzkreise, die ihre Kapitalien in der jugoslawischen Wirtschaft anlegen, verwandeln Jugoslawien in ein agrar- und rohstofflieferndes Anhängsel des ausländischen Kapitals.

Die sich vergrößernde sklavische Abhängigkeit Jugoslawiens vom Imperialismus führt zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und zu einer krassen Verschlechterung ihrer materiellen Lage.

Die Politik der jugoslawischen Machthaber im Dorf trägt einen kulaken- und kapitalistenfreundlichen Charakter. Die im Dorf gewaltsam eingeführten Pseudo-Genossenschaften befinden sich in den Händen der Kulaken und ihrer Handlanger und sind ein Werkzeug zur Ausbeutung breiter Massen der werktätigen Bauern.

Faschistische Henker am Werk

Die jugoslawischen Soldknechte des Imperialismus rissen die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens an sich und entfalteten einen terroristischen Feldzug gegen die wirklichen Kommunisten, die den Prinzipien des Maxismus-Leninismus treu sind und für die Unabhängigkeit Jugoslawiens von den Imperialisten kämpfen. Tausende dem Kommunismus ergebene jugoslawische Patrioten wurden aus der Partei ausgeschlossen, ins Gefängnis und in Konzentrationslager geworfen. Viele von ihnen wurden in den Gefängnissen zu Tode gemartert und erschlagen oder aber meuchlings ermordet, wie der bekannte jugoslawische Kommunist Arso Iowanowic. Die Grausamkeit, mit der in Jugoslawien die standhaften Kämpfer für den Kommunismus ausgerottet werden, kann nur mit den Greueltaten der Nazifaschisten oder der Henker Tsaldaris' in Griechenland und Francos in Spanien verglichen werden. Während die jugoslawischen Faschisten die Kommunisten, die dem proletarischen Internationalismus treu sind, aus der Partei ausschließen oder ausrotten, öffneten sie den Bürgerlichen und Kulaken Tür und Tor der Partei.

Infolge des faschistischen Terrors der Tito-Bande gegen die gesunden Kräfte der Kommunistischen Partei Jugoslawiens kam die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens vollkommen in die Hände von Spionen und Mördern, Söldnern des Imperialismus. In der Kommunistischen Partei Jugoslawiens herrschen konterrevolutionäre Kräfte, die aus eigener Machtvollkommenheit im Namen der Partei auftreten.

Bekanntlich verwendet die Bourgeoisie seit langer Zeit die alte Methode, ihre Spione und Provokateure in den Reihen der Parteien der Arbeiterklasse zu werben. Auf diese Weise suchen die Imperialisten diese Parteien von innen heraus zu zersetzen und sich zu unterwerfen. In Jugoslawien ist es ihnen gelungen, dieses Ziel zu erreichen.

Die faschistische Ideologie, die faschistische Innen- und die verräterische Außenpolitik der Tito-Clique, die voll und ganz den ausländischen Kreisen untertan ist, schufen einen Abgrund zwischen der Spionen- und Faschistengruppe Tito-Rankovic und den lebenswichtigen Interessen der freiheitsliebenden Völker Jugoslawiens. Darum stößt die volksfeindliche und verräterische Tätigkeit der Tito-Clique auf immer größeren Widerstand, sowohl seitens der Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus die Treue bewahrten, als auch unter der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern Jugoslawiens.

Drei Schlußfolgerungen

Ausgehend von den unbestreitbaren Tatsachen, die davon zeugen, daß die Tito-Clique ihren Uebergang zum Faschismus und ihre Fahnenflucht ins Lager des internationalen Imperialismus bis zu Ende geführt hat, ist das Informationsbüro der Kommunistischen und der Arbeiterparteien der Ansicht:

1. Die Spionengruppe Tito-Rankovic, Kardelj, Djilas, Pjade, Goschnjak, Maslaric, Bebler, Mrasowic, Vukmanovic, Koc Popovic, Kidric, Neskovic, Slatic, Velebit, Kolischewski und andere ist ein Feind der Arbeiterklasse und Bauern, ein Feind der Völker Jugoslawiens.

2. Diese Spionagegruppe gibt nicht dem Willen der Völker Jugoslawiens Ausdruck, sondern dem Willen der englisch-amerikanischen Imperialisten, darum verriet sie die Interessen des Landes und liquidierte die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit Jugoslawiens.

3. Die „Kommunistische Partei Jugoslawiens" ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito - Kardelj - Rankovic - Djilas ausführt.

Das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien ist daher der Ansicht, daß der Kampf gegen die Tito-Clique — die gedungenen Spione und Mörder — die internationale Pflicht aller kommunistischen und Arbeiterparteien ist.

Pflicht der kommunistischen und Arbeiterparteien ist es, in jeder Weise der jugoslawischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauernschaft Hilfe zu leisten, die für die Rückkehr Jugoslawiens in das Lager der Demokratie und des Sozialismus kämpfen.

Eine unerläßliche Bedingung für die Rückkehr Jugoslawiens in das sozialistische Lager ist der aktive Kampf der revolutionären Elemente sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommunistischen Partei Jugoslawiens für das Wiederaufleben der revolutionären, wahrhaft kommunistischen Partei Jugoslawiens, die dem Marxismus-Leninismus und den Prinzipien des proletarischen Internationalismus treu ist und für die Unabhängigkeit Jugoslawiens vom Imperialismus kämpft.

Die dem Kommunismus treuen Kräfte Jugoslawiens, die angesichts des grausamen faschistischen Terrors nicht die Möglichkeit haben, offen gegen die Clique Tito-Rankovic aufzutreten, mußten den gleichen Weg des Kampfes für die Sache des Kommunismus einschlagen, wie die Kommunisten der Länder, in denen der Weg zur legalen Tätigkeit versperrt ist

Das Informationsbüro gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß sich unter den Arbeitern und Bauern Jugoslawiens Kräfte finden werden, die fähig sind, den Sieg über die bürgerliche, eine Restauration anstrebende Clique Tito-Rakovic zu gewährleisten, und daß die Werktätigen Jugoslawiens unter der Leitung der Arbeiterklasse es verstehen werden, die historischen Errungenschaften der Volksdemokratie wiederherzustellen, die um den Preis schwerer Opfer und des heldenmütigen Kampfes der Völker Jugoslawiens errungen wurden, und daß sie den Weg zum Aufbau des Sozialismus beschreiten werden.

Nach Ansicht des Informationsbüros besteht eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterpartein darin, die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen allseitig zu erhöhen und die bürgerlich-nationalistischen Elemente sowie die Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie sich auch tarnen mögen, zu entlarven und auszumerzen.

Das Informationsbüro erachtet es als notwendig, die ideologische Arbeit in den kommunistischen und Arbeiterpartein, die Arbeit zur Erziehung der Kommunisten im Geist der Treue zum proletarischen Internationalismus im Geist der Unversöhnlichkeit gegen alle Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, im Geist der Treue zur Volksdemokratie und zum Sozialismus zu verstärken.

Zum 70. Geburtstag Stalins am 21. Dezember

Johannes R. Becher

Auf einen Namen

**Von Mund zu Mund wird man dich weiter-
[sagen.
Wenn je ein Dichter singt, gedenkt er dein.
Du siehst die Zeiten vor dir auf,
Du zogst im Volk für alle Zeiten ein.**

**Du kannst das Volk zu allen Zeiten fragen.
Du bleibst mit dir zu keiner Zeit allein.
Dein Bild ist sichtbar in den fernsten Tagen.
Du bist im Volk. Du wirst unsterblich sein.**

**Von Mund zu Mund wird man dich weiter-
[sagen.
Und steht dein Name auch in Erz und Stein:
Dein Name ist im Weltraum eingetragen
Wie der Gestirne Schein und Widerschein.**

**Du zogst im Volk für alle Zeiten ein.
Du bist im Volk. Du wirst unsterblich sein.**

Genosse Suslow über Deutschland

Die kommunistischen und Arbeiterpart ien begrüßen die Deutsche Demokratische Republik

Genosse Suslow erklärte in seinem Referat in der Beratung des Informationsbüros zu der deutschen Frage:

„Die Beschlüsse der Jaltaer und Potsdamer Konferenz, die darauf abzielten, das deutsche Problem gerecht zu lösen, und aus Deutschland einen demokratischen und friedliebenden Staat zu machen, wurden von den imperialistischen Kreisen der USA und Englands offen mit Füßen getreten. Nachdem sie sich verpflichtet haben, Deutschland als ein einheitliches Ganzes zu betrachten, betreiben sie die Politik zur Spaltung Deutschlands, die gekrönt wurde durch die Bildung der Bonner Marionetten-Regierung. Statt einer Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands stellen die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs die Rüstungsindustrie in Westdeutschland wieder her, stellen sie die dominierenden Positionen der reaktionären Mononpole des Junkertums und der militaristischen Elemente wieder her, die früher eine Stütze des deutschen Imperialismus und des Hitlerfaschismus waren. Zugleich hintertreiben sie in jeder Weise die Vorbereitungen eines Friedensvertrages mit Deutschland in dem Bestreben, die zeitweilige Besetzung zu einer ständigen und ungeteilten Kolonialherrschaft in Westdeutschland zu machen.

Alle ehrlichen Menschen sehen, daß dieser Kurs gegenüber Deutschland durch das Bestreben der Wallstreet-Magnaten bedingt ist, Westdeutschland für ihre imperialistischen Ziele und vor allem als Aufmarschgebiet, seine Bevölkerung aber bei der Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne als Kanonenfutter auszunutzen.

Die dreiste Absicht der amerikanischen Imperialisten, das deutsche Volk als Kanonenfutter zu mißbrauchen, wurde erst vor kurzem von dem Mitglied des Repräsentantenhauses Poage ausgeplaudert, der vorschlug, die USA sollten deutsche Söldnertruppen in einer Stärke von 25 Divisionen aufstellen. Da sich dieser Kriegstreiber nicht ganz sicher ist, ob die Deutschen bereit sein werden, ihr Blut für die Interessen der amerikanischen Kapitalmagnaten zu vergießen, schlägt er vor, die gesamte Munition der Söldnertruppen ‚in amerikanischen Händen' zu belassen und ‚das ganze höhere Offizierskorps mit Amerikanern zu besetzen'. Mit beispiellosem Zynismus erklärt Poage, daß er keineswegs vorschlägt, im Falle eines Krieges die amerikanische Jugend ins Feld zu schicken, weil er damit rechnet, Kanonenfutter zu einem sehr niedrigen Preis kaufen zu können, der, wie dieser Händler mit Menschenblut sagte, ‚nur einen kleinen Teil der Löhnung ausmachen wird, die wir den amerikanischen Soldaten zahlen' . . .

Einer der größten Erfolge des Lagers des Friedens und der Demokratie und eine neue Niederlage des imperialistischen Lagers ist die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Genosse Stalin in seiner Begrüßung an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl als einen Wendepunkt in der Geschichte Europas bezeichnete. In diesem historischen Akt kommt der Aufstieg und Zusammenschluß der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zum Ausdruck, die für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland kämpfen, die aus den beiden Weltkriegen richtige Konsequenzen ziehen und nicht mehr gewillt sind, von Anwärtern auf die Weltherrschaft als Landsknechte mißbraucht zu werden.

Der Sieg der demokratischen Kräfte in Deutschland, die das Schicksal ihres Landes in die eigenen Hände nehmen, fügt den anglo-amerikanischen Kriegstreibern eine neue Niederlage zu. Genosse Stalin stellt fest: ‚Es steht außer Zweifel, daß das Bestehen eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands zugleich mit dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende setzt und die Unterjochung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.'"

(Aus dem Referat des Genossen Suslow: Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber", veröffentlicht in Nr. 29 der Wochenzeitung „Für dauerhaften Frieden für Volksdemokratie!" vom 2. Dezember 1949.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

KARLSRUHE

Eine „polizeiwidrige" Sammelaktion

In den letzten Tagen sammelten Polizeibeamte bei Karlsruher Geschäften für die Weihnachtsfeier des Polizeisportvereins. Wir haben durchaus nichts gegen eine solche Veranstaltung im engeren Kreise der Polizei einzuwenden. Was uns aber mehr als deplaziert erscheint, ist das Auftreten von Angehörigen der Gewerbepolizei als Sammler in Geschäften. Zu ihrer Aufgabe gehören Preisüberwachung, Gewichtskontrolle und desgleichen Dinge mehr. Naturnotwendig müssen diese Beamten in manchen Fällen in dienstlichen Konflikt mit der Geschäftswelt kommen. Die Autorität und amtliche Wirksamkeit gerade der Gewerbepolizei wird durch eine solche Sammeltour nicht gefördert. Im Interesse der Ausschaltung aller Kollisionsmöglichkeiten sollte eine derartige Sammlung der Polizei bei der Geschäftsweit unterbleiben. Hoffentlich sieht das auch Polizeidirektor Heller ein und handelt danach.

Eltern kritisieren Mängel der Schule

Karlsruhe-Durlach. Auf einer Elternversammlung der Volksschüler in der Schloß-Schule Karlsruhe-Durlach wurde von den Eltern nachdrücklichst die Freigabe der Pestalozzi-Schule für Schulzwecke durch die Stadtverwaltung gefordert. Zur Herrichtung der Turnhalle, Dachreparaturen, ja noch nicht einmal zur Anschaffung von Tintengläsern für die Schulbänke und Kleiderhaken für die Schüler sei angeblich Geld vorhanden, während für sonstige Zwecke die Stadtverwaltung immer flüssige Mittel habe — bemerkte ein Vater ganz richtig.

Rektor Uehlein erklärte, daß trotz überfüllter Klassen infolge Lehrermangel erst im Spätjahr 1950 die Junglehrer und Junglehrerinnen eventuell angestellt werden könnten. Bis dahin gehen sie einstweilen stempeln oder sonst einer anderen Beschäftigung nach, um ihr Leben fristen zu können.

Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Bestimmung des Art. 37 der Württ.-Bad. Verfassung: „Der Unterricht und die Lernmittel in den Volks- und Berufsschulen ist unentgeltlich" nach drei Jahren immer noch ein Stück Papier sei. Wo bleibt die Schulreform unseres Landtages? — wurde gefragt.

Es ist Sache der Elternschaft, in den politischen Parteien dahin zu wirken, daß der Art. 37 der Verfassung auch in die Tat umgesetzt wird.

Abschließend wurde der Wunsch nach regelmäßig abzuhaltenden Elternabenden von allen Beteiligten ausgesprochen. -e-

Schneeberichte der Eisenbahndirektion Karlsruhe

Karlsruhe (lwb). Um die Wintersportler über die Schneeverhältnisse des nördlichen, mittleren und südlichen Schwarzwaldes, der schwäbischen Alb und des Allgäus zu unterrichten, wird die Eisenbahndirektion Karlsruhe über die Winterzeit auf allen größeren Bahnhöfen ihres Gebietes Schneeberichte veröffentlichen.

„Undemokratisch"

Karlsruhe (lwb). Zahlreiche Verkehrssünder haben eine Aufforderung der Karlsruher Polizei, an einer „Lehrstunde" teilzunehmen, als „undemokratisch" abgelehnt. Die Karlsruher Polizei hatte vor einiger Zeit alle Verkehrssünder eingeladen, sich zu einer „Lehrstunde" einzufinden, in denen die Besucher angewiesen werden sollten, Verkehrsunfälle und Verkehrsüberschreitungen zu verhüten.

Karlsruher Filmtheater

Der große deutsche Varietéfilm „Truxa" aus der Vorkriegszeit wanderte vor Jahren erfolgreich von Stadt zu Stadt. Seine ursprüngliche Anziehungskraft bleibt auch heute noch erhalten. Aus dem aufpeitschenden Leben internationaler Artisten des Großstadtvarietés gestaltet ein geschickter Regisseur wirkungsvolle, spannungsgeladene Szenen, die ans Sensationelle grenzen. Das Thema selbst scheint auf den ersten Anblick belanglos: Eine halsbrecherische Zirkusatmosphäre, Eifersüchteleien, Intrigen, hervorgerufen durch den Kampf zweier Männer um eine Tänzerin (La Jana). — Die Harmlosigkeit des Films ist scheinbar. — Der „schneidige" Ton fast aller Darsteller wirkt abstoßend, da man das Gefühl hat, daß hier ein übler nationalsozialistischer Menschentypus angepriesen werden soll. Die Verherrlichung des „Heldentums" und die Mißachtung des Todes zieht wie ein roter Faden durch das Geschehen. „Der Hals ist dazu da, um ihn zu riskieren", ist beispielsweise eine naziotische Phrase des Seiltänzers, der immer wieder zeigen soll, daß die Welt dem Mutigen gehöre.

Ist es Zufall, daß dieser Film wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt wird, zu einer Zeit, in der man die deutsche Jugend erneut für die Schlachtbank des Krieges reif machen will? -lf-

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe. Am Montag, den 19. Dezember 1949, um 19 Uhr, im „Württemberger Hof" Funktionärversammlung. Referent: W. Wasserthal.

Am Dienstag, den 20. Dezember 1949, um 19 Uhr, im Parteibüro Schulungskurs. Referent: W. Wasserthal.

Durlach. Am Dienstag, den 20. Dezember 1949, um 14 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm" Kinderweihnachtsfeier.

Am Dienstag, den 20. Dezember 1949, um 20 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm", Stalin-Geburtstagsfeier. Referent: E. Weingärtner.

Heimkehrer wollen endlich Taten sehen

Auf dem Heidelberger Forum ging es heiß her

Heidelberg. Wir erinnern uns alle der in den letzten Jahren verfaßten unzähligen Resolutionen und der Versammlungen, in denen zur sofortigen Entlassung aller Kriegsgefangenen aufgerufen und immer wieder an die Menschlichkeit der Siegernationen appelliert wurde. Niemand wird solche Forderungen, sofern sie dem berechtigten Verlangen entsprangen, die Familiengemeinschaft nach den langen Trennungen der Kriegsjahre wieder herzustellen, mißbilligt haben. Für einen bestimmten Kreis jedoch spielte weniger das menschliche Moment dabei eine Rolle, als vielmehr die propagandistische Wirkung, die man beim deutschen Volk gegen die Sowjetunion erzielen wollte.

Der ständig steigende Strom zurückkehrender Kriegsgefangener beginnt nun diesen Kreisen, die einstmals den Mund nicht voll genug nehmen konnten, immer unangenehmer zu werden. Die Heimkehrer stellen Forderungen, die zu erfüllen von vorneherein nicht im Konzept dieser „Rückkehr-Propagandisten" lag. Der Propaganda-Bummerang beginnt gegen die, die ihn warfen, zurückzufliegen.

Kleine Bürokratie als Ablaßventile

Zur Zeit sucht man nach einem Ausweg, wie man die sich mehr und mehr erhitzenden Gemüter der Heimkehrer vorerst einmal beruhigen kann. Man veranstaltet ein Forum, damit sie sich dort einmal „nach Herzenslust aussprechen" können. Die Angriffsrichtung wird dabei geschickt auf die kleine Bürokratie abgelenkt, auf derem Rücken sich die ganze Entrüstung der Heimgekehrten entlädt. So war es auch auf dem Heimkehrer-Forum in Heidelberg.

„Wie denkt sich die Krankenkasse, daß man mit 2.27 DM am Tag leben kann?" — „Was gedenkt das Arbeitsamt für den Heimkehrer zu tun?" So lauteten einige Fragen, die an die hierzu eingeladenen Vertreter der Behörden gerichtet wurden. Diese beteuerten, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht. Bürgermeister Ammann parierte mit den Worten: „Es kann niemand etwas geben, was er nicht hat." Der Vertreter der LVA war der Prügelknabe des Abends. Schließlich wurde der ganze Entrüstungssturm der Heimkehrer in einer Resolution wieder neutralisiert, deren Forderungen keineswegs an den Kern des Heimkehrerproblems rühren. Was besagen diese Forderungen? Die Betreuung der Heimkehrer soll durch Gewährung eines Heimkehrerstaatsdarlehens verbessert, die Unterstützungssätze erhöht und eine Kleidungsbeihilfe gewährt werden. Von einem Recht auf Arbeit, von dem Recht auf Wohnung des Heimkehrers ist in dieser Resolution nichts zu finden.

Der faule Baum muß umgehauen werden

Wir geben zu, daß manche an den örtlichen Behörden geübte Kritik berechtigt war. Es könnte sicherlich abgestellt werden, daß die vom Stadtrat genehmigte Heimkehrerhilfe von 50 DM und die Unterstützung für bedürftige Heimkehrer sehr oft durch bürokratische Maßnahmen verzögert wird. Doch ist mit diesen kleinen Almosen, selbst wenn sie prompt gegeben werden, dem Heimkehrer nicht geholfen. Er will arbeiten und er will nach dem langen Lagerleben endlich wieder richtig wohnen. Hier stößt er auf Schwierigkeiten, die man nicht der kleinen örtlichen Bürokratie zur Last legen kann.

Zwar ist es eine schöne Geste, wenn der Leiter des Arbeitsamtes erklärt, jeder Heimkehrer könne ihn persönlich sprechen, ohne sich erst durch die Vorzimmer durchkämpfen zu müssen. Gleichzeitig gab er aber bekannt, daß am 1. 12. 1949 rd. 9300 Arbeitslose im Arbeitsbezirk Heidelberg zu verzeichnen waren, und daß innerhalb 14 Tagen diese Zahl auf rd. 11 000 gestiegen ist. Dies zu ändern liegt sicher nicht in der Hand des Arbeitsamtsleiters von Heidelberg.

Hier offenbart sich deutlich eine wirtschaftliche Entwicklung, deren Ursachen in der Politik liegen, die heute in Westdeutschland betrieben wird. Dort gilt es die Axt an die Wurzeln des Uebels zu legen, und die Heimkehrer werden erkennen müssen, daß ihre berechtigten Forderungen nur dann einen Erfolg haben, wenn sie mithelfen, die politischen Machtverhältnisse in Westdeutschland zu ändern.

Man muß um sein Recht kämpfen

Bisher waren sie für diejenigen, deren Politik sie heute zum Opfer fallen, nichts anderes als Mittel zum Zweck. Das Heimkehrerforum in Heidelberg hat vielen der enttäuscht Zurückgekehrten gezeigt, daß die Heimkehrerfrage keine bürokratische Angelegenheit, sondern eine politische Frage ersten Ranges ist. Der Ausspruch eines Heimkehrers: „Wenn wir das gewußt hätten, wären wir nicht zurückgekommen", ist eine Resignation, der sie nicht verfallen dürfen. Nur der Kampf um ihre Rechte wird ihnen die Durchsetzung und Erfüllung ihrer Forderungen garantieren. -kn-

Er war der Schrecken des Lagers

Früherer Buchenwaldkapo zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt

Heidelberg. Zwei Tage lang hatte sich das Heidelberger Schwurgericht mit dem ehemaligen Kapo des berüchtigten „Himmelfahrtskommandos Steinbruch" im KZ. Buchenwald, Johann Herzog aus Sandhausen bei Heidelberg, zu befassen. H. war angeklagt wegen vorsätzlicher Tötung, Körperverletzung mit Todesfolge und gefährlicher Körperverletzung, doch wurde bereits am 1. Verhandlungstag die Anklage auf Mord ausgedehnt.

Dieser ehemalige Fremdenlegionär war im Mai 1938 nach seiner Rückkehr nach Deutschland ins KZ. Buchenwald abgeschoben worden. Im September 1941 wurde er als williges Werkzeug zum Kapo ernannt, denn seine in der Fremdenlegion erworbene Härte und Grausamkeit konnte den dortigen Mordbanditen nur dienlich sein.

Mehr als 30 Zeugen bestätigten die Gefährlichkeit dieses Kapos, von dem ein Zeuge aussagte, daß er der Schrecken des Lagers war.

Ein anderer Zeuge, der selbst Kapo war, schilderte den Tod eines 19jährigen typhuskranken Polen, den Herzog auf seinem Gewissen hat. Von Herzog durch Prügel und Steinwürfe in die Wachpostenkette getrieben, fiel dieser Pole durch „Abschuß" eines SS-Postens, der sich dadurch wieder eine Prämie (Urlaub oder Geld) verdient hatte.

Bezeichnend für die Vorgänge im Steinbruch war das allmorgendliche Ausrücken mit Tragbahren, um die Toten, die von der Arbeit nicht mehr zurückkamen, gleich anschließend ins Krematorium bringen zu können. Wenn auch nicht alles, was sich in Buchenwald ereignet hat, auf das Schuldkonto Herzogs geht, so konnten ihm doch neben diesem klaren Beweis über den Tod des Polen noch andere Grausamkeiten nachgewiesen werden.

Der Staatsanwalt beantragte daher lebenslängliches Zuchthaus und für den Fall der Ablehnung des Mordparagraphen durch das Gericht eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Am Ende des 2. Verhandlungstages wurde Johann Herzog wegen Totschlags, versuchten Totschlags, Körperverletzung mit Todesfolge und gefährlicher Körperverletzung in mindestens 50 Fällen zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die ausgesprochene Strafe wird den von Herzog begangenen Grausamkeiten gerecht. Doch war auch er nur ein Rädchen im großen Getriebe, oder, um die Worte eines Zeugen zu gebrauchen, „er war nur ein Schüler dieses Systems", dessen Hauptstützen zum Teil heute noch frei herumlaufen, oder in Spandau ein Leben führen, als seien sie nicht im Gefängnis, sondern in einem Erholungsheim.

Die Kleinen gehängt - die Großen amnestiert

Kleinliche Maßnahmen gegen einen Heimkehrer

Karlsruhe. Anfang September dieses Jahres verursachte der Fahrer eines LKW. aus Karlsruhe durch plötzliches Anhalten in einer unübersichtlichen Kurve in Ohlsbach bei Offenburg einen leichten Sachschaden. Der Fahrer mußte wegen eines entgegenkommenden Kraftwagens scharf bremsen, erschreckte dadurch die Kühe eines Bauernfuhrwerks und die Kühe rissen die Wagscheite entzwei. Der Karlsruher Fahrer erbot sich sofort, den verhältnismäßig geringen Schaden zu ersetzen. Das Landratsamt Offenburg aber, dem dieser Vorfall gemeldet wurde, war der Ansicht, daß auch ihm davon etwas zusteht und erließ gegen den Fahrer eine Strafverfügung von 50 DM, zuzüglich 1 DM Kosten.

Unter dem Hinweis, daß der Kraftfahrer erst vor kurzem aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt ist und zu Hause außer seiner Familie nur noch Ruinen und keine Habe mehr vorgefunden hat, wurde das Landratsamt Offenburg gebeten, den Strafbefehl zurückzuziehen, zudem der Mann bis jetzt noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten war. Die Offenburger Bürokratie hatte dafür aber kein Verständnis und verlangte die Bezahlung einer ersten Rate bis zum 15. November, ansonsten zwangsweise Beitreibung der Gesamtstrafe erfolgt.

In einer Zeit, wo der Karlsruher Kraftfahrer sich in schlaflosen Nächten Sorgen um die Beschaffung von Winterkartoffeln und Hausbrand macht und sich mühsam ein Wäschestück um das andere vom Munde abdarbt, warten Steuer- und andere Sünder sehnlichst auf den Bonner Amnestieerlaß. Der Heimgekehrte, Kriegsversehrte und total Ausgebombte muß bezahlen, obwohl kaum ein schuldhaftes Verhalten vorliegt. Wahrscheinlich ziehen die Beamten des Landratsamtes Offenburg vor den großen Wirtschaftsgaunern den Hut, denn ihre Verbrechen waren ja nach der Lesart der obersten Bundesbehörde „wirtschaftlich vernünftig". -ig-

Die Belegschaft wurde um den Lohn geprellt

Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Mitbestimmung im Betrieb

Weinheim. Am Donnerstagvormittag fand im Amtsgericht Weinheim das seit langem erwartete Konkursverfahren gegen die Firma Hans Steuerwald, Zahnradgetriebe, statt. Die bevorrechtigten Gesamtforderungen der Arbeitnehmer der Firma auf nicht ausbezahlten Lohn und Gehalt beliefen sich auf die, für eine kleinere Firma stattliche Summe von 4220 DM. Dabei befinden sich Forderungen, die bis auf den Monat Mai ds. Js. zurückgehen. Vertröstungen und leere Versprechungen des Unternehmers schoben die Ansprüche der Arbeiter immer wieder auf die lange Bank, bis dann im August der endgültige Bankrott der Firma kam. Neben tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten war auch die unzulängliche und unverantwortliche Geschäftsführung des Unternehmers am Zusammenbruch schuld. Ein konkretes Beispiel dafür bildet das Defizit von nahezu 50000 DM, das beinahe ausnahmslos aus Schulden an Firmen für Materiallieferungen besteht. Weitere tausende von DM an Forderungen auswärtiger Firmen wurden vom Konkursverwalter bestritten.

Der während der Verhandlung apatisch dasitzende Chef nahm ziemlich gleichgültig den Vorwurf des anwesenden Gewerkschaftsvertreters hin, daß 164 DM einbehaltener Beitragsgelder für den Industrieverband Metall überhaupt nicht an diesen abgeführt, sondern ganz einfach unterschlagen wurden. Aber auch die AOK. hat Forderungen über 5700 DM — einbegriffen die Sozialversicherung der Arbeiter — angemeldet für nicht bezahlte Beiträge.

Nach Abschluß der Schuldenaufstellung erstrebte der Vertreter der Firma einen Vergleich: Er erklärte, dem Werk sei es nachträglich gelungen, neben einem Auftrag von 1000 Getrieben laufende Exportaufträge aus Holland für vorläufig 20000 DM zu bekommen, und stellte damit den Arbeitern ihren geforderten Lohn in Aussicht. Es ist kein Wunder, daß die Gläubiger nach den gemachten Erfahrungen das neuerliche Versprechen der Firma Steuerwald mit Vorsicht aufnehmen.

Man kam schließlich bei der Verhandlung überein, daß vorläufig ein Ausschuß aus Fachleuten die vorgebrachten Möglichkeiten gewissenhaft prüfen soll, um sich dann nochmals endgültig mit der Frage zu beschäftigen. Der Vertreter der Gewerkschaften erklärte, daß es unbedingt erforderlich sei, zu diesem Ausschuß einen Vertreter der Arbeitnehmer hinzuziehen, da diese ja letzten Endes bei einer Fehlspekulation dann die doppelt Lackierten seien. Der Ausgang der Verhandlung vor dem Amtsgericht konnte die seit Monaten um ihren Lohn geprellten Arbeiter der Firma Steuerwald wenig befriedigen. Der Fall zeigt wieder einmal klar auf, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft in jedem Betrieb sich das Mitbestimmungsrecht erkämpft, denn hätte die Belegschaft der Firma Steuerwald die Möglichkeit gehabt, Einblick in das Geschäftsgebaren ihrer Betriebsleitung zu bekommen, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß sie nun die Lakkierten bei der Geschichte sind.

Immer noch Schüsse an der Autobahn

Die Walldorfer Bevölkerung ist beunruhigt

Heidelberg (lwb). Nachdem bereits am 2. Dezember der Wagen des Ministerialdirektors Dr. Kiefer auf der Autobahnstrecke Heidelberg—Karlsruhe aus einem Waldstück heraus beschossen worden war, sind in den folgenden Tagen erneut Schüsse auf Kraftwagen und Radfahrer abgegeben worden. Glücklicherweise kam bei den Schießereien bisher niemand zu Schaden. Die Nachforschungen der Heidelberger Kriminalpolizei führten am vergangenen Wochenende zur Verhaftung eines Schlossers aus Walldorf, der inzwischen zugegeben hat, die Schüsse auf den Wagen Kiefers abgegeben zu haben. Um so bestürzter waren die Einwohner von Walldorf, als am Dienstag abermals zu verschiedenen Zeiten Schüsse aus dem Walldorfer Wald gehört wurden. Die Nachforschungen der Polizei sind inzwischen erneut aufgenommen worden.

Mindestbeiträge in der Rentenversicherung

Stuttgart (lwb). Ab Januar kommenden Jahres müssen für die Invalidenversicherung jährlich mindestens 26 Wochenbeiträge und für die Angestelltenversicherung mindestens 6 Monatsbeiträge entrichtet werden, wenn die Anwartschaft auf die Versicherungen erhalten bleiben soll. Die Landesversicherungsanstalt Württemberg weist darauf hin, daß für die Versicherten erhebliche Nachteile entstehen könnten, wenn weniger Beiträge bezahlt würden. Die gleiche Regelung gelte auch für Flüchtlinge, die an einen ausländischen Versicherungsträger Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet hätten und ihre Ansprüche aufrecht erhalten wollten.

Mutiger Lebensretter

Wertheim am Main (lwb). Ein 7jähriger Junge fuhr am Donnerstag in der Nähe der Wertheimer Fähre mit seinem Schlitten in den Main. Ein Mann, der mit seinem Auto auf die Fähre wartete, sprang in das Wasser und rettete den Jungen.

Weihnachtsgeschenk für Pforzheimer Schwimmer

Pforzheim (lwb). Das Emma-Jäger-Hallenbad in Pforzheim wird vom 19. Dezember ab der Oeffentlichkeit zur allgemeinen Benutzung wieder zur Verfügung stehen. Die Wiederaufbaukosten für das im Krieg zerstörte Bad betrugen 260500 DM.

Problem der Flüchtlinge

Buchen (lwb). Der Kreistag von Buchen hat auf seiner letzten Sitzung eine Resolution gefaßt, in der die weitere Aufnahme von Flüchtlingen in den Kreis Buchen aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt wird. Es bestehe keine Möglichkeit, so heißt es in der Entschließung, die Flüchtlinge innerhalb des Kreises in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Unter der Lupe

Ludwigsburg wird aufgelöst

Pressemeldungen zufolge wird das württembergisch-badische Arbeitslager für Nazis in Ludwigsburg, in dem sich z. Z. noch 28 Männer und 2 Frauen befinden, in den nächsten Tagen aufgelöst. Die Mehrzahl der Insassen soll dieser Meldung zufolge noch vor Weihnachten begnadigt werden, während die übrigen voraussichtlich in ein bayerisches Lager übergeführt werden.

Böswillige Zungen behaupten zu diesem Vorgang, daß die Naziinsassen des Lagers Ludwigsburg, die nicht Skilaufen können oder es nicht lernen wollen, unter die Begnadigten fallen, während die anderen ihren bisherigen Erholungsurlaub in Ludwigsburg nach Oberbayern verlegen, nicht nur wegen der dort herrschenden besonders günstigen politischen Atmosphäre, sondern vor allem, weil es ihrer früheren Gewohnheit entspricht, den Winterurlaub in dieser Gegend zu verbringen.

Der angeklagte Kläger

Karlsruhe. Der ehemalige öffentliche Kläger bei der Zentralspruchkammer in Ludwigsburg, Dr. Jäger, ist jetzt von der Berufungskammer in Karlsruhe als „vom Gesetz nicht betroffen" erklärt worden. Dr. Jäger war im Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Reichsbankpräsidenten, Dr. Hjalmar Schacht, öffentlicher Kläger. Zu der Berufungsverhandlung ist es gekommen, da gegen Dr. Jäger, der bereits in der ersten Spruchkammerverhandlung als „nicht betroffen" erklärt worden war, individuelle Belastungen vorgebracht wurden. In der Berufungsverhandlung stellten sich die Beschuldigungen als unbegründet heraus. (lwb)

Zu dieser Meldung bleibt lediglich zu bemerken, daß es sich ganz einfach um einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit handelt. Die Spruchkammer, die Hjalmar Schacht verhandelte und der Dr. Jäger als öffentlicher Kläger vorstand, fand nichts Belastendes gegen Schacht, und wie sollte da die Berufungskammer Karlsruhe an Jäger etwas finden. Fehlt nur noch, daß Dr. Hjalmar Schacht vor der Berufungskammer Karlsruhe für seinen damaligen Ankläger zeugte.

Schlimmer als bei den Tieren

Weinheim. Millionen Menschen leben heute in schlimmster Not. Aus der Vielzahl der Fälle greifen wir ein Beispiel heraus. Doch ist es kein Einzelfall; die hier geschilderten Zustände ließen sich durch andere Beispiele beliebig fortsetzen.

In der Weinheimer Siedlung wohnt eine Familie N. Der Mann und eigentliche Ernährer dieser Familie ist seit 5 Jahren lungenkrank und dadurch arbeitsunfähig. Sein Leiden zog er sich bei einem Betriebsunfall zu, wobei ihn seine Firma nachträglich mit einem Butterbrot abspeiste. Die kärgliche Rente, die er erhält, reicht nicht für den notwendigsten Lebensunterhalt aus. Bei der vor einiger Zeit erfolgten Neuregelung der Rente kam die monatliche Auszahlung zweimal in Wegfall.

Für die 17 Personen starke Familie (einschließlich Eltern) stehen insgesamt nur 2 Deckbetten zur Verfügung, und für die meisten der 15 Kinder gibt es nur harte und beschädigte Eisenröste ohne Matratzen oder Strohsäcke als Schlafgelegenheit, und zum Zudecken werden Kleider und Mäntel verwendet. Drei Mädchen im Alter von 16, 19 und 21 Jahren schlafen in einem Bett, ebenfalls ohne Bettdecken, denn die 2 vorhandenen sind den Kleinkindern zugedacht.

Ein Teil der Kinder schläft auf dem blanken Fußboden, und welche Gefahren sich für alle diese Kinder besonders im Winter ergeben können, braucht hier nicht ausgemalt zu werden. Von dem geringen Einkommen des Vaters werden allein 30 DM im Monat für die Milch benötigt, die den Kindern zusteht und die sie auch brauchen. Alles in allem zum Himmel schreiende unsoziale Verhältnisse. Ein Tier im Stall ist im Winter wenigstens der Gefahr der Kälte nicht ausgesetzt. Hier aber handelt es sich um Menschen. Nicht eine einzige behördliche Stelle hat sich bisher um dieses Elend gekümmert.

Man kann vielleicht verschiedener Meinung sein über Schuld oder Unschuld der Eltern, in solchen Verhältnissen heute leben zu müssen. Unberührt von diesen Ueberlegungen bleibt das Leben der Kinder, das hier auf dem Spiele steht, und ihrer muß man sich annehmen. Wir wissen, daß mit Almosen die soziale Not nicht zu lösen ist. Aber hier muß zunächst einmal die schlimmste Not beseitigt werden. Vielleicht als Weihnachtsüberraschung für diese Familie: weitere Bettdecken für die Kinder. Wie wärs damit, liebe Weinheimer Behörde?

Sich selbst angeschossen

Schillingstadt, Odenwald (lwb). Ein in amerikanischen Diensten stehender deutscher Kraftfahrer schoß kürzlich bei einer von amerikanischen Jägern veranstalteten Treibjagd einen Rehbock an. Er eilte dem fliehenden Tier nach und versetzte ihm 3 Schläge mit dem Gewehrkolben. Dabei löste sich ein Schuß und traf den unerfahrenen Waidmann. Schwerverletzt mußte der Kraftfahrer in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Kirchheim. Am Montag, den 19. Dezember 1949, 20 Uhr, im „Adler" Funktionärsitzung.

Eppelheim. Am Mittwoch, den 21. Dezember 1949, 20 Uhr, in der „Pfalz" Feier anläßlich des Geburtstags des Genossen Stalin. Freunde und Bekannte sind herzlichst eingeladen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

SPORT-ECHO vom Sonntag

Fußball-Resultate

Süddeutsche Oberliga

Stuttgarter Kickers — SV Waldhof	4:0
VfR Mannheim — VfB Stuttgart	4:1
Kickers Offenbach — Eintr. Frankfurt	6:2
Jahn Regensburg — 1. FC Nürnberg	1:2
Schwab. Augsburg — FC 05 Schweinfurt	1:0
FSV Frankfurt — Bayern München	ausgef.
SpVgg Fürth — VfB Mühlburg	1:1
1860 München — BC Augsburg	1:0

Oberliga Südwest, Gruppe Nord

1. FC Kaiserslautern — FC Engers	13:0
VfL Neustadt — ASV Oppau	2:0
Kürenz — FK Pirmasens	1:1
ASV Landau — Phönix Ludwigshafen	2:0
05 Mainz — Eintracht Trier	1:1
Wormatia Worms — TuS Neuendorf	3:0
Andernach — Kaiserslautern	2:1

Oberliga Südwest, Gruppe Süd

Tübingen — Konstanz	3:1
Ebingen — FC Freiburg	2:2
Reutlingen — Offenburg	6:2
Schwenningen — Lahr	3:1
SC Freiburg — Kuppenheim	2:2
Rastatt — Villingen	7:0
Friedrichshafen — Hechingen	1:1

Norddeutsche Oberliga

HSV — VfL Osnabrück	5:1
Werder Bremen — Arm. Hannover	ausgef.
Eintracht Braunschweig — Bremer SV	1:4
VfB Oldenburg — VfB Lübeck	3:3
Hannover 96 — Bremerhaven	1:1
05 Göttinegn — St. Pauli	1:3

Westdeutsche Oberliga

Rotweiß Essen — Borussia Dortmund	2:1
Horst-Emscher — Schalke	2:1
Alem. Aachen — Duisburg. Spielverein	3:3

Bezirksklasse

09 Weinheim — SG Rheinau	2:2
SG Kirchheim — Phönix Mannheim	6:1
ASV Eppelheim — FV Oftersheim	3:1
KSG Leimen — SG Sandhausen	0:1
SpVgg Sandhofen — VfB Wiesloch	1:2
SG Ilvesheim — FV Altlußheim	1:1
Olympia Neulußh. — 98 Schwetzingen	1:1

Kreisklasse A

SC Käfertal — FV Schriesheim	4:1

Kreisklasse B, Nord

TSV Lützelsachsen — SG Hohensachs.	4:0
SB Rhein-Neckar — SC Blumenau	5:1
TSV Viernheim — Fortuna Edingen	3:6
SV Laudenbach — FV Sulzbach	1:1
FV Unterflockenb. — Einheit Weinh.	4:1
FV Leutershausen — ASV Schönau	4:0

Kreisklasse B, Süd

VfL Hockenheim — SG Reilingen	1:4
TSV Nekarau — TSV Rheinau	1:0
SG Mannheim — MSG Mannheim	3:2
TSG Friedrichsfeld — SC Neckarstadt	1:3

Handball

Verbandsklasse Baden

SV Waldhof — 98 Seckenheim	9:5
VfL Neckarau — St. Leon	7:4
TSV Rot — 62 Weinheim	14:1
TSV Beiertheim — SpVgg Ketsch	4:6
TSV Rintheim — SG Leutershausen	9:5
TSV Bretten — TSV Birkenau	2:8

Die Tabellen melden

Süddeutsche Oberliga

SpVg Fürth	13	7	4	2	31:16	18
SV Waldhof	15	7	4	4	31:27	18
VfB Mühlburg	13	6	4	3	20:15	16
VfR Mannheim	14	6	3	5	24:23	15
FSV Frankfurt	13	4	6	3	16:14	14
VfB Stuttgart	13	5	4	4	21:20	14
05 Schweinfurt	15	5	4	6	19:18	14
Eintr. Frankfurt	15	5	4	6	28:30	14
Kickers Offenbach	13	5	3	5	23:25	13
1860 München	14	6	1	7	19:19	13
BC Augsburg	14	5	3	6	23:33	13
Bayern München	12	5	2	5	23:23	12
Schwab. Augsburg	13	5	2	6	15:25	12
1. FC Nürnberg	13	4	3	6	21:22	11
Jahn Regensburg	15	4	3	8	23:25	11
Stuttg. Kickers	13	2	6	5	25:28	10

Zonenliga Nord

Wormatia Worms	14	13	1	0	46:7	27
VfR Kaiserslautern	13	6	1	6	34:25	13
Tus Neuendorf	11	9	0	2	37:10	18
Phön. Ludwigsh.	13	8	1	4	35:28	17
FK Pirmasens	12	7	1	4	27:19	15
ASV Landau	13	5	4	4	24:35	14
SpVgg Andernach	12	6	1	5	31:23	13
VfR Kaiserslautern	13	6	1	6	35:25	13
VfL Neustadt	13	5	3	5	28:27	13
FSV Mainz 05	12	4	2	6	18:31	10
SV Engers	12	3	2	7	21:46	8
ASV Oppau	13	3	2	8	14:36	8
FSV Trier-Kürenz	12	2	3	7	21:31	7
Eintracht Trier	13	3	1	9	24:39	7
SpVgg Weisenau	13	0	5	8	21:42	5
VfR Kirn	13	2	1	10	14:59	5

Waldhof vom Tabellenletzten mit 4:0 überfahren

Die Stuttgarter Kickers zeigen dem Tabellenführer wie man Tore schießt

SV Waldhof: Vetter; Rößling, Siegel; Rendler, Krämer, Ramge; Siffling, Herbold, Trautmann, Lipponer, Hölzer.

Daß die Siegesaussichten der Waldhöfer trotz ihrer Favoritenstellung in diesem Kampf des Tabelelnführers gegen den Tabelenletzten nicht sonderlich groß war, ergab sich aus der ganzen Situation. Im Gegensatz zum VfR hat die leichte Waldhof-Mannschaft gegen die stämmigen Stuttgarter schon immer schlecht bestanden. Hinzu kamen schlechte Bodenverhältnisse und das psychologische Moment, daß sich der bisher recht unglüchlich kämpfende Tabellenletzte gerade gegen den Tabellenführer besonders ins Zeug legen würde. Ersatz bei den Waldhöfern — es fehlte Fanz im Sturm und für Skudlarek stand erstmalig wieder Vetter im Tor — mag vielleicht auch einigen Einfluß auf die Stimmung der Mannschaft gehabt haben, entscheidend für dieses Debakel war das aber nicht.

Im Sturm der Waldhöfer zeigte es sich wieder einmal, daß man wohl schön spielen, eine Feldüberlegenheit herauskombinieren, aber keine Tore schließen kann. Das viel zu engmaschige und zu sehr auf Lipponer im Zentrum konzentrierte Spiel muß bei jeder einigermaßen aufmerksamen gegnerischen Hintermannschaft fruchtlos bleiben. So scheiterte der Sturm Waldhofs an seiner eigenen verfehlten Taktik. Daß es in den hinteren Reihen der Waldhöfer auch nicht gut bestellt ist, hatte sich schon in den letzten Spielen gezeigt, wenn sich auch die Schwächen erst bei diesem Spiel gegen den Tabellenletzten in Stuttgart ganz offenbarten. Es fehlt an der Verständigung zwischen Torwart und Verteidiger, und die meisten Spieler in der Abwehr Waldhofs sind auch nicht schnell genug, um einen flink kombinierten gegnerischen Sturm im Schach zu halten. Die einzige durchschlagskräftige Angriffsfront des Waldhofsturms ist mit Lipponer und Hölzer auf einen zu schmalen Raum konzentriert und deshalb zu leicht kaltzustellen.

Daß die Stuttgarter Kickers weit besser sind, als der Tabellenstand angibt, war ja allgemein bekannt. Aber daß der Tabellenführer so überfahren wurde, wo Mannschaften, wie Regensburg und BC Augsburg erfolgreich bestanden hatten, ist doch recht blamabel. Als die Waldhöfer eine Viertelstunde lang ihr erfolgloses Anrennen absolviert hatten, nutzten die Stuttgarter einen groben Schnitzer in der Waldhof-Verteidigung durch ihren Linksaußen aus. Nach weiteren vergeblichen Bemühungen des Waldhofsturms, den Ausgleich zu erzielen, kamen die Stuttgarter kurz vor der Pause durch den Halbrechten Stehlik zum zweiten Treffer. Auch nach der Pause hätten die Waldhöfer reichlich Gelegenheit gehabt, den Vorsprung des Gegners aufzuholen. Als Hölzer bei einem erzielten Tor die Hand im Spiele gehabt hatte, erkannte der Schiedsrichter Karger den Treffer nicht an. Es war Pech für die Waldhöfer, daß der Unparteiische das gleiche Hilfsmittel des Stuttgarter Linksaußen beim ersten Treffer übersehen hatte. Waldhofs Sturm konnte sch gegen die Stuttgarter Abwehr immer weniger durchsetzen und die Versuche Lipponers, auf eigene Faust etwas zu erreichen, scheiterten an der Uebermacht seiner Bewacher. Waldhof hatte noch Glück, daß Herberger einen von Siegel verschuldeten Elfmeter wegen unfairen Spiels daneben schoß. Hierbei traf der Schiedsrichter die merkwürdige Entscheidung eines Niederwurfs auf der Torlinie neben dem Tor. Kurz darauf kamen dann aber die Stuttgarter wiederum durch den Halbrechten Stehlik zum dritten Tor, nachdem Conen vorher die Latte getroffen hatte. Wenige Minuten vor Schluß brachte dann der Rechtsaußen Grziwok mit einem Rückzieher im Fallen das Endresultat auf 4:0.

Der Deutsche Meister läßt nicht locker

VfR Mannheim fertigte den VfB Stuttgart mit 4:1 ab

VfR: Jöckel; Henninger, Rößling; Müller, Keuerleber, R. Maier; Bolleyer, Stiefvater, Löttke, Islacker, de la Vigne.

VfB Stuttgart: Schmidt; Retter, Steimle; Schlienz, Baruffka, Otterbach; Krieger, Baitinger, Bühler, Blessing, Lehmann.

Der VfB Stuttgart hatte in seinen bisherigen Oberligaspielen auf dem VfR-Platz kein Glück gehabt. Nur im ersten Jahre, als er Meister wurde, hat er wenigstens ein 1:1 herausholen können. Alle nachfolgenden Spiele gingen mit steigenden Torzahlen 2:1, 2:0 und 4:1 verloren. Am gestrigen Goldenen Sonntag konnte nun der VfR dieser stolzen Siegesserie ein weiteres 4:1 anreihen. Wenn der Sieg auch vollauf verdient war und einer befriedigenden Leistung des Deutschen Meisters entsprungen ist, so darf die unerwartete Höhe des Resultats nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in der bisherigen Schwäche des VfR-Sturms noch keine wesentliche Besserung gezeigt hat. Das klingt angesichts des hohen Resultats paradox, ist es aber nicht, denn Fortuna schenkte dem VfR-Sturm Treffer, wo sie nicht erwartet werden konnten zum Ausgleich für die Tore, die vom VfR-Sturm hätten geschossen werden müssen und die vor allem durch Bolleyer — er bollerte nicht zu knapp darüber und daneben — aber auch durch Löttke, Islacker und de la Vigne ausgelassen wurden.

Von den vier Toren des VfR fiel keines aus fließendem Angriff heraus. Ein Eckball und zwei Strafstöße wurden durch Kopfstoß zu Treffern verwandelt und ein aufmerksamer Torwart hätte das erste Tor verhindern können und das dritte verhindern müssen. Daß schließlich der verkorkste Bodenroller Löttkes infolge des ungeschickten Dazwischenspringens von Steimle ins Tor trudelte, hat wohl Löttke selbst nicht erwartet, der in so manchen Fällen abgab oder Ballartistik versuchte, wo er früher herzhaft ins oder wenigstens aufs Tor geknallt hätte. Es ist höchste Zeit, daß Langlotz wieder vormacht, worauf es ankommt beim VfR-Sturm.

Die Stuttgarter haben eine so hohe Niederlage nicht verdient, aber sie haben sie sich durch ihre falsche Taktik selbst zuzuschreiben. Sie wollten anscheinend aus der Defensive auf Punktefang ausgehen, und das lag ihnen nicht. Wenn der Sturm, der zeitweise ein recht schönes, flaches, technisch reifes Kombinationsspiel zeigte, mehr Unterstützung von hinten her erhalten hätte, dann wäre wohl bei der durchaus nicht sicheren VfR-Abwehr mehr als ein Treffer erzielt worden. Aber nur Schlienz half gelegentlich dem Sturm auf die Beine, während Baruffka als Mittelläufer stur bei seinen Verteidigern blieb, selbst als der VfR sich seinen Vorsprung geholt und vergrößert hatte. Torwart Schmidt konnte seinen Ruf in keiner Weise rechtfertigen. Zwei von den Kopfballtoren wären Jöckel bestimmt nicht unterlaufen und beim 4. Tor war Schmidt allerdings durch Steimle die Aussicht versperrt. Um die Niederlage wären die Stuttgarter nicht herumgekommen, denn beim VfR blitzte zeitweise schon wieder das alte Meisterkönnen auf, aber das Resultat wäre doch erträglicher ausgefallen, wie es dem harten und bis in die zweite Halbzeit hinein im Ausgang noch völlig ungewissen Ringen eher entsprochen hätte. Was gegen eine Spielvereinigung Fürth angebracht gesessen war, brauchte nicht auch gegen den VfR richtig und erfolgbringend sein.

Nachdem Bolleyer in der 7. Minute die beste Chance des ganzen Spiels verpaßt hatte, kamen die Stuttgarter in der 14. Minute zum Führungstor durch unhaltbar plazierten Schuß von Baitinger. Umgehend glich der VfR aus, als Löttke beim zweiten Eckbal dem VfB-Torwart zuvorkam und einköpfte. Es dauerte fast eine weitere Viertelstunde, ehe der VfR bei weiterer Offensive zum Führungstor kam. Einen von Bolleyer gut vors Tor gegebenen Strafstoß köpfte Stiefvater plaziert nach unten in die linke Torecke. Der VfR hatte nun bei stärkerem Aufdrehen der Stuttgarter Mühe, den Vorsprung in die Pause zu retten. Eine Viertelstunde nach Seitenwechsel war der Kampf entschieden, als Islacker bei einem Strafstoß von de la Vigne vor dem wieder zu spät herausgehenden Schmidt unter die Latte köpfte. Während VfB vergeblich um den Anschluß kämpfte, kam der VfR billig zum vierten Treffer. Stuttgarts Verteidiger Steimle wollte Löttke in den Schuß springen und versperrte dabei seinem Torwart die Aussicht, so daß Löttkes hamloser Bodenroller gemächlich und unbehindert hineinrutschte. Dabei blieb es auch. Weiß-Frankfurt erregte Unwillen, weil er übermäßige Härte einiger Stuttgarter zu mild beurteilte und auch sonst einige Male danebentraf.

Zu spät stürzt Stuttgarts Torwart bei diesem Eckball aus dem Tor. VfR-Mittelstürmer Löttke hat bereits mit Kopfstoß dem Ball die Richtung ins Tor gegeben und Stiefvater ist nur noch seitlicher Beobachter. Das war das Ausgleichstor des VfR.

Mannschaftsringen

SpVgg 98 Brötzingen — ein gefährlicher Außenseiter

Der letzte Kampftag der badischen Oberliga im Mannschaftsringen in diesem Jahre brachte dem Oberliganeuling ASV Heidelberg einen Sieg gegen ASV Germania Bruchsal mit 5:3 Punkten. Die Heidelberger revanchierten sich zunächst für die im Vorkampf erlittene Niederlage mit dem gleichen Ergebnis und die Einzelsieger Lauth, Gänzler, Sammet, Wölfel und Schwebler sorgten für den dritten Heidelberger Mannschaftssieg, während die Germanen lediglich durch Lautenschläger, F. Seeburger und Konrad zu drei Zählern gelangen konnten.

In einer überaus guten Form sind derzeitig die „98er" aus Brötzingen, denn dieselben knacken eine schwere Nuß nach der anderen. Nachdem sie am vorigen Wochenende den ASV Germania Bruchsal mit 6:2 Punkten niederhalten konnten, blieben sie nun auf eigener Matte gar mit 7:1 Punkten über den KSV Wiesental siegreich. Im Federgewicht besiegte hierbei Grund (W) nach Punkten Michel (B) und holte den einzigen Punkt für die Wiesentäler. Bei den Gastgebern waren Seibel, Staib, E. Mürrle, Held, A. Mürrle, Broß und Wieland erfolgreich.

Neben den Brötzingern haben auch die „Eiche"-Ringer aus Sandhofen die Verfolgung des Tabellenführers ASV Feudenheim aufgenommen. Die Sandhöfer waren an diesem Wochenende in Kirrlach mit 5:3 erfolgreich. Die Gebrüder K. und L. Martus, sowie Groß holten durch Fallsiege die drei Kirrlacher Zähler, während Maslack, Götz, Weber, Müller und Litters für den Sandhöfer Sieg sorgten.

Die beiden restlichen angesetzten Verbandskämpfe: ASV Feudenheim gegen SpVgg Ketsch und ASV Lampertheim gegen KSV 1884 Mannheim fielen aus, wonach sich nun folgender Tabellenstand der badischen Oberliga ergibt:

ASV Feudenheim	9	8	0	1	16
SpVgg Brötzingen	10	7	2	1	16
RSC Eiche Sandhofen	9	7	1	1	15
SpVgg Ketsch	8	5	0	3	10
KSV Wiesental	10	4	2	4	10
KSV Kirrlach	9	4	1	4	9
ASV Heidelberg	10	3	0	7	6
ASV Germania Bruchsal	10	2	1	7	5
ASV Lampertheim	8	1	1	6	3
KSV 1884 Mannheim	7	0	0	7	0

Südbadische Landesliga

ASV Grötzingen — TSV Weingarten	5:3
KSV Einigkeit Mühlburg — SpVgg Germania Karlsruhe	2:6
KSV Eiche Oestringen — TSV Weingart.	2:6

Nordbadische Landesliga

VfK 08 Oftersheim — AC Germania Ziegelhausen	4:4
AC Germ. Rohrbach — SG Hemsbach	5:3
AC Germ. Ziegelhaus.— ASV Eppelheim	6:2

Kreisklasse Mannheim

SRK Viernheim — RSC Eiche Sandhofen II	5:3
RSC Eiche Sandhofen II — RSC Laudenbach	7:1

Einen Länderringkampf gegen die Türkei in Stambul gewann Schwedens Länderstaffel mit 5:3 Punkten.

1860 München — BC Augsburg 1:0

Der vereiste Boden machte beiden Mannschaften viel zu schaffen, doch fanden sich die Münchener infolge ihrer reiferen Balltechnik besser mit den Bodenverhältnissen ab und kamen zu einem knappen aber verdienten Sieg. Allerdings war das einzige und entscheidende Tor ein Eigentor der Augsburger, da der Verteidiger Kneidel einen Schuß von Brück so unglücklich abwehrte, daß er den Ball ins eigene Tor lenkte. Das geschah bereits in der zehnten Minute und die Münchener vermochten es trotz leichter Ueberlegenheit nicht, ihren Vorsprung zu vergrößeren. Wenige Minuten vor Schluß vergab der Augsburger Halbrechte eine günstige Gelegenheit zum Ausgleich.

Die schwedische Fußballelf Helsingborg schlug eine Auswahl von Kairo am Freitag im ersten Spiel ihrer Aegyptenreise mit 2:0 Toren. (Nach Reuter)

In einem Spiel um den internationalen Saarpokal in Saarbrücken schlug der FC Saarbrücken die dänische Mannschaft Boldklubben Kopenhagen 2:0, obgleich die Saarbrücker am Vortage in Paris gegen Stade Francais 1:2 gespielt hatten.

VfB Mühlburg imponiert in Fürth

SpVgg Fürth — VfB Mühlburg 1:1

Die Mühlburger sagten sich: was der VfB Stuttgart kann, das können wir auch. Mit diesem festen Vorsatz holten sie sich in Fürth bei dem neuen Tabellenführer einen wertvollen Punkt und damit die Aussicht, die Vorrunde mindestens im toten Rennen an der Spitze mit den Fürthern beenden zu können. Bei unerwartet günstigen Bodenverhältnissen konnte die Mühlburger Mannschaft ihre guten Eigenschaften voll zur Entfaltung bringen. Es wurde rasch und zweckmäßig kombiniert und die Fürther Abwehr damit so in Atem gehalten, daß sie ihren eigenen Sturm nicht allzuviel Unterstützung angedeihen lassen konnte. Bei ausgeglichenem Spiel in der ersten Halbzeit kamen die Mühlburger nach einer halben Stunde zum Führungstor, als der Halbrechte Bechtel einen überraschenden Weitschuß in die obere Torecke plazierte. Die Fürther Stürmer bemühten sich bis zur Pause vergeblich um den Ausgleich. Mühlburgs Abwehr, in der wieder Gärtner eine überragende Partie lieferte, war nicht zu überwinden. Selbst eine Reihe von Eckbällen brachte den Fürthern nichts ein. Auch als der Druck der Einheimischen nach Seitenwechsel langsam stärker wurde, blieben ihre Bemühungen noch lange Zeit ergebnislos. Die aufmerksame Mühlburger Abwehr sorgte dafür, daß die Torschützen Fürths nur selten Gelegenheit hatten, ihre Treffsicherheit zu beweisen. Erst 20 Minuten vor Spielende konnte der Mittelstürmer Schade im Gedränge einen zu knapp abgewehrten Ball erwischen und aus kurzer Entfernung zum Ausgleich ins Tor bringen. Das spornte nun die Fürther Mannschaft gewaltig an und sie drängte stark, um auch noch den Siegestreffer anzubringen.

Kickers Offenbach — Eintr. Frankfurt 6:2

Der süddeutsche Meister gab mit einem hohen Sieg gegen die Frankfurter Eintracht zu verstehen, daß er die Verteidigung seines Meistertitels noch lange nicht aufzugeben gewillt ist. Die Frankfurter, die immer noch auf ihren gesperrten Torschützen, den Linksaußen Kraus verzichten müssen, begannen zwar recht vielversprechend und konnten schon nach wenigen Minuten durch ihren Mittelstürmer Schieth in Führung gehen. Allmählich aber kam dann Offenbach ins Spiel und sein Sturm zeigte bald, daß er die alte Durchschlagskraft wieder zurückgewonnen hat. Baas, Wirsching und Schmidt brachten bis Halbzeit das Resultat 3:1 für die Kikkers. Als zehn Minuten nach der Pause Piccard einen Handelfmeter zum vierten Tor verwandeln konnte, war der Kampf entschieden. uwar verbesserte Schieth auf 4:2, aber mit zwei weiteren Treffern Piccards stellte Offenbach das hohe Endresultat her.

Schwaben Augsburg — 05 Schweinfurt 1:0

Obgleich die Schwaben dem Gegner glatt überlegen waren und meist im Angriff lagen, konnten sie nur mit knapper Not die beiden Punkte an sich bringen. Schweinfurt verstärkte von Anfang an seine Abwehr und ließ nur wenige Stürmer vorne. Erst nach der Pause verstanden es die Augsburger Stürmer, die geballte Abwehr der Schweinfurter zu überlisten und sich einige Torgelegenheiten herauszuspielen, deren eine schließlich der Halbrechte Bestle 10 Minuten vor Schluß zum einzigen Treffer des Spiels auszuwerten vermochte.

Achtung!

Großes Lager aufgekauft aus Vergleichsverfahren

Viele Preise weit unter Herstellungskosten

Nur 3 Beispiele: Herren-Anzug Wolle DM 38.50

Herren-Hose prima DM 13.50

Damen-Regenmäntel DM 5.80

Das billige Warenhaus, Adlerstr. 33

Karlsruhe (b. d. Markthalle) v. 8—19 Uhr durchg. geöffn., auch wittwochs.